

12/2018

MAGAZIN DES LANDESVERBANDES
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BERLIN

STACHLIGE ARGUMENTE

No.200

WIR FEIERN

200. AUSGABE STACHLIGE ARGUMENTE
40 JAHRE ALTERNATIVE LISTE
25 JAHRE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

VON MUT UND MÜLLTRENNUNG

Wir machen Berlin zur Zero Waste-Stadt

TOO BIG TO FAIL

Gute Pflege für ein gesundes Berlin



GRÜNZEUG

DAS WÖRTERBUCH

WAS IST EIGENTLICH DIE QUOTIERTE REDELISTE?

Die quotierte Redeliste wird schon seit über 30 Jahren im parteipolitischen Alltag der Grünen angewendet. Verankert ist sie im Frauenstatut, das 1986 verabschiedet wurde und innerhalb der Partei bundesweit verbindlich ist. Die Quotierung soll sicherstellen, dass Frauen auf Versammlungen mindestens die Hälfte der Redezeit eingeräumt wird. Mindestens jeder zweite Redebeitrag ist dadurch Frauen vorbehalten. Das heißt in der Praxis: Wenn sich nach einem Mann keine Frau mehr zu Wort meldet, muss die Versammlung über eine Fortführung der Debatte entscheiden.

Wozu das Ganze? Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung, trotzdem werden politische Gremien und Versammlungen häufig von Männern dominiert – weil sie zahlenmäßig stärker vertreten sind und/oder weil sie häufiger das Wort ergreifen. Die quotierte Redeliste hilft, hier eine Balance herzustellen.

Als Grüne können wir stolz auf dieses Instrument sein. Nicht nur verwirklichen wir damit Demokratie in unseren eigenen Reihen. Die Tatsache, dass Frauen sich bei uns stärker an politischen Debatten beteiligen als bei anderen Parteien, trägt auch dazu bei, dass wir Grüne bei der weiblichen Wählerschaft besonders gut ankommen.

Von Astrid Lamm, Redaktion

EDITORIAL

2018 IST DAS JAHR GRÜNER JUBILÄEN.

Die Stachligen Argumente erscheinen mit dieser Ausgabe nun schon zum 200. Mal. Doch nicht nur unsere Mitgliederzeitung feiert Geburtstag. Wir feiern auch das 40-jährige Jubiläum der Alternativen Liste in Berlin und den Zusammenschluss der Berliner Landesverbände von Bündnis 90 und Die Grünen vor mittlerweile 25 Jahren. Drei Gründe zum Feiern und ein guter Anlass, einen Blick zurückzuwerfen. Was haben wir in den letzten 40 Jahren erreicht? Wir schauen in dieser Ausgabe in die grünen Geschichtsbücher.

Doch natürlich schwelgen wir nicht nur in Erinnerungen, sondern richten den Blick auch auf die Zukunft und die Themen in der Stadt, die noch keinen Grund zum Feiern bieten. Was machen wir, um Armut und Obdachlosigkeit bei Frauen zu bekämpfen? Wo hapert es in der Pflege? Wie schaffen wir es, unseren Müll zu reduzieren – und was ist eigentlich Zero Waste? Das und vieles mehr gleich auf den nächsten Seiten. Viel Spaß beim Lesen!

Eure Redaktion.

01

INHALT

DISKURS

- | | | | |
|-----------|--|-----------|---|
| 02 | MOBILITÄT
CARSHARING PRO & KONTRA | 12 | WELTRETTEN
50 JAHRE 68ER |
| 04 | UMWELT
ZERO WASTE -
VON MUT UND MÜLLTRENNUNG
WAS TUN! | 13 | GLEICHBERECHTIGUNG
FRAUEN AN DIE MACHT! |
| 08 | PFLEGE
TOO BIG TO FAIL - GUTE PFLEGE
FÜR EIN GESUNDES BERLIN

KANN ROBOTIK ENTLASTUNG
IN DER PFLEGE BRINGEN? | 14 | ARMUT
OBDACHLOSE FRAUEN |

SCHWERPUNKT

- 16** **WIR FEIERN...**
... 40 JAHRE ALTERNATIVE LISTE, 25 JAHRE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
200. AUSGABE STACHLIGE ARGUMENTE
- ANDERS LEBEN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS POLITIK MACHEN**
VON DER BÜRGERBEWEGUNG ZUR GRÜNEN PARTEI

VOR ORT

- | | | |
|-----------|---|--|
| 26 | FRAKTION, LAGen, AGen,
KREISVERBÄNDE | WEGE AUS DER ARMUT
MITTEN IN BERLIN |
| | GRÜNE WELLE
FÜR FUSSGÄNGER*INNEN | SPANDAU GEGEN RECHTS |
| | 40 JAHRE
BEREICHE/LAGen | RETTE DEINEN KIEZ -
GRÜNE NEUKÖLLN STARTEN
MIETENKAMPAGNE |
| | PERSONALNOTSTAND
IN DEN BERLINER JUGENDÄMTERN | REDAKTION |

CARSHARING

Von Claudio Prillwitz, Redaktion

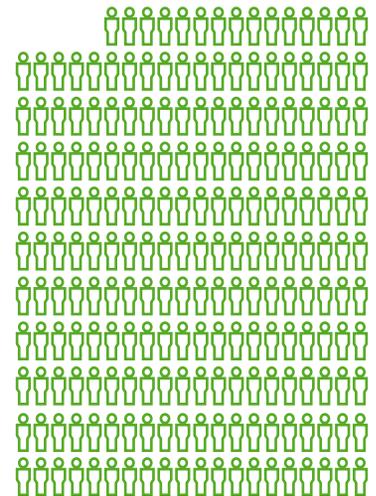
KONTRA

Carsharing-Anbieter locken mit zahlreichen Versprechungen. Flexibel, günstig und umweltfreundlich soll es sein. Soll. Flexibel ist es für die Nutzer*innen allerdings nur dann, wenn zum gewünschten Zeitpunkt auch ein Fahrzeug in unmittelbarer Umgebung zur Verfügung steht. Wenn nicht, hat man schlechte Karten. Besonders, wenn man es mal wieder eilig hat. Zudem ist die Zielgruppe, die Carsharing-Angebote tatsächlich sinnvoll nutzen kann, äußerst begrenzt. Denn wer regelmäßig aufs Auto angewiesen ist, dürfte nicht nur wegen der fehlenden Zuverlässigkeit lieber beim Privatfahrzeug bleiben. Auch aus finanzieller Sicht lohnt sich das Carsharing nur bei sporadischen Ausflügen. Zwar spart man sich die leidigen Fixkosten für Wartung und Versicherung, kommt bei alltäglicher Nutzung unterm Strich jedoch nicht günstiger weg.

Ein bekanntes Problem stellt sich dann auch oft bei der Ankunft am Ziel ein. Denn insbesondere in Großstädten sind Parkplätze bekanntermaßen rar gesät. Hinzukommt, dass Falschparken mit Carsharing-Fahrzeugen durch Gebühren der Carsharing-Anbieter zzgl. zum Bußgeld deutlich teurer ist als mit dem Privatfahrzeug. Und da viele Anbieter ihre Preise nach Fahrtzeit berechnen, sollten

PRO

Carsharing macht Autofahren endlich effizient. Ein privates Fahrzeug steht durchschnittlich 23 Stunden am Tag still, wodurch man deutlich mehr für die Nichtnutzung des eigenen Autos bezahlt als für den eigentlichen Zweck: die Fortbewegung. Carsharing-Fahrzeuge sind hingegen so gut wie ständig in Bewegung. Dadurch zahlt man nur für die tatsächliche Nutzung des Autos und spart sich die unliebsamen Fixkosten für Instandhaltung, Reinigung, Reparaturen, Versicherung, Steuern, TÜV und Tanken. Außerdem fallen die hohen Anschaffungskosten und die Wertminderung des eigenen Autos weg, sobald man das erste Mal aufs Gaspedal drückt.

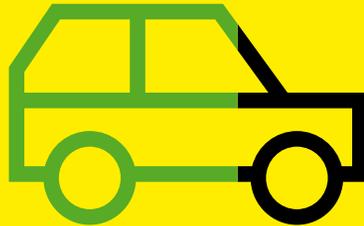


215/1

Verhältnis von Fahrzeugen der Carsharing-Flotte zu Fahrberechtigten in Berlin: 215 Personen teilen sich ein Auto.

03

CARSHARING



64%

der Berliner Haushalte verfügten 2015 über mindestens einen Pkw. Damit wurde Carsharing zusätzlich zum eigenen Fahrzeug eingesetzt.

Carsharing macht Autofahren flexibel. Nutzer*innen können die überall in der Stadt verteilten Fahrzeuge nutzen, wann und wo sie wollen. Außerdem muss man nicht wie beim gekauften Auto immer mit demselben Fahrzeug fahren, sondern kann je nach Bedarf und Lust verschiedene Modelle nutzen. Da sich die Carsharing-Anbieter um die Instandhaltung und Erneuerung der Fahrzeuge kümmern, sind die Autos in der Regel technisch auf dem neusten Stand. Man kann also immer in ein funktionierendes Auto steigen – und wenn eines mal in der Werkstatt ist, nimmt man einfach ein anderes.

Carsharing schafft Platz. Weil das Privatfahrzeug den Großteil des Tages eben nicht benutzt wird, steht es logischerweise die meiste Zeit irgendwo rum. Dadurch blockiert es unnötigerweise den gerade in Großstädten wie Berlin so rar gesäten Platz. Durch das Teilen eines Autos sind natürlich weniger Fahrzeuge auf den Straßen unterwegs und werden nur benutzt, wenn sie auch tatsächlich gebraucht werden. Ein Carsharing-Fahrzeug kann Untersuchungen zufolge bis zu 20 private Autos ersetzen. Bei mittlerweile mehr als 3.000 Carsharing-Fahrzeugen, die in Berlins Straßen unterwegs sind, ergibt das demnach eine Entlastung von bis zu 60.000 PKWs, die keinen der seltenen Parkplätze mehr in Anspruch nehmen und die Straßen verstopfen. Man muss keinen Dokortitel in Mathematik besitzen, um sich vorzustellen, wie viel Fläche zur Umplanung der Straßen dadurch langfristig frei wird, die man beispielsweise für den Ausbau von Rad- oder Fußwegen nutzen könnte. Dass dadurch weniger Autos auf den Straßen unterwegs sind, kommt nicht zuletzt auch der Umwelt zugute.

Nutzer*innen lieber nicht zu lange im Berufsverkehr stecken. Darüber hinaus ist das Auto in Deutschland für viele noch immer ein Statussymbol von hohem emotionalem Wert, während Carsharing-Fahrzeuge nur reine Gebrauchsgegenstände sind.

Aber dass sich mehrere Menschen ein Auto teilen – das ist doch wenigstens umweltfreundlich! Oder? Naja. Carsharing-Dienste ersetzen das Privatfahrzeug letztlich nicht so schnell, wie auf den ersten Blick zu vermuten wäre. Menschen, die regelmäßig vom Auto abhängig sind, besitzen weiterhin ihr eigenes. Der Umstieg auf das Fahrrad und den öffentlichen Nahverkehr mit dem gelegentlichen Gebrauch von Carsharing-Diensten ist für viele einfach nicht attraktiv genug. Nutzer*innen, die normalerweise ohnehin schon mit Bus und Bahn oder dem Fahrrad unterwegs sind, nutzen hingegen häufiger Carsharing-Dienste. Dadurch wird der Autoverkehr in den Städten nicht reduziert, sondern im Gegenteil sogar eher noch erhöht. In Sachen Umwelt treten wir mit Carsharing also gehörig auf die Bremse.

VON MUT UND MÜLLTRENNUNG

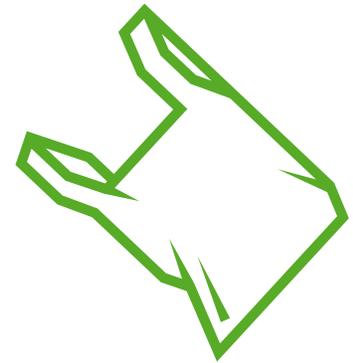
WIR MACHEN BERLIN ZUR ZERO WASTE-STADT

von Georg P. Kössler

Wir gewöhnen uns an vieles im Leben: egal ob neue Styles oder der schräge Nachbar und sein Musikgeschmack. Angesichts von wachsenden Müllbergen aus Pappbechern, Styroporplatten und Plastiktüten stellt sich jedoch die Frage: Müssen wir uns auch daran gewöhnen?

Jahrelang habe auch ich aus Gewohnheit Coffee-to-go aus Einwegbechern getrunken. Heute nehme ich meinen eigenen Becher mit oder gehe in Cafés, die beim Pfandsystem ReCup mitmachen. Denn Einwegbecher sind inzwischen ungefähr so cool wie Dieselfahren oder illegaler Sperrmüll. Vor allem habe ich es mir aber einfach abgewöhnt, nachdem ich von den allein in Deutschland jährlich 43.000 gefällten Bäumen, 105.500 Tonnen Plastikmüll und 83.000 Tonnen CO₂ gehört habe. Pro Stunde werden in Berlin 30.000 Plastiktüten und 20.000 Einwegbecher verbraucht. Und all das für nur 15 Minuten Nutzung!

Die Abkehr vom Einwegbecher allein wird das globale Umweltproblem nicht lösen. Aber es macht Mut, dass immer mehr Menschen sich den Einwegbecher abgewöhnen. Und auch weiteren Verpackungsmüll können wir durch Mitdenken, bewusstes Einkaufen und richtiges Mülltrennen vermeiden. Dabei geht die Zero Waste-Bewegung weit über unsere politische „Bubble“ hinaus und findet Anhänger*innen in allen Ecken der Gesellschaft. Wir Grünen sind angehalten, selbst mitzumachen und – wo nötig – den politischen Rahmen darauf hin zu justieren.



43.000
BÄUME WERDEN
GEFÄLLT

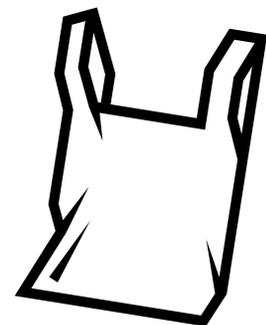
jährlich in Deutschland

105.500 t
PLASTIKMÜLL

jährlich in Deutschland

83.000 t
CO₂

jährlich in Deutschland



30.000
PLASTIKTÜTEN
pro Stunde in Berlin

ZERO WASTE BEGINNT IN DER KÜCHE

Manche Verpackungen aber sind derzeit immer noch unvermeidlich. Damit der anfallende Müll zumindest umweltfreundlich weitergenutzt werden kann, lohnt sich der Blick auf den eigenen Hausmüll, denn wir trennen immer noch nicht genug. Wir Grünen kennen vielleicht den Unterschied zwischen BPA und BPS, PET und MFG, EEG und DBP, haben aber keine Ahnung, wie ein schlichter Kassenzettel richtig entsorgt wird (im Restmüll, wegen der Beschichtung!).

Neben dem allgemeinen Verpackungswahn ist vor allem die wachsende Zahl an Verbundstoffen problematisch. Moderne Anlagen wie die von ALBA in Mahlsdorf – dort kommen unsere Gelben Säcke hin – können vieles automatisch trennen. Aber nicht-reine Stoffe müssen aussortiert werden, zum Beispiel Kartoffelnetze mit Plastikfolien oder Joghurtbecher, an denen noch der Aluminiumdeckel dran ist. Sie können keine zweite Chance als Parkbank oder Filzstift bekommen.

Ein weiteres ökologisches Problem entsteht aus den 800.000 Tonnen Restmüll, die jährlich in Berlin anfallen. Denn alles, was in der schwarzen Tonne landet, wird in Ruheleben verbrannt, produziert CO₂ und trägt damit zur Erderwärmung bei. Dabei ist fast die Hälfte des Restmülls organisch und gehört eigentlich in den Biomüll. Die richtige Trennung ist wichtig, denn letzterer wird in Berlin zu Biogas umgewandelt, mit dem sich Fahrzeuge klimaneutral antreiben lassen. Deshalb setzen wir Grünen uns dafür ein, dass die Sammlung von Bioabfall endlich auf die ganze Stadt ausgedehnt wird.

LEITBILD ZERO WASTE UND SAUBERE STADT: ZWEI SEITEN DER SELBEN MEDAILLE

Immer mehr Menschen schließen sich der Zero-Waste-Bewegung an bzw. achten darauf, nach diesem Leitbild zu leben. Nobody's perfect, aber wir sollten uns einfach öfter fragen: Brauche ich das jetzt wirklich?

Initiiert von uns Grünen hat das Berliner Abgeordnetenhaus gerade einstimmig das Leitbild Zero Waste für Berlin beschlossen. Damit ist die politische Zielrichtung vorgegeben: Wir wollen eine Kreislaufwirtschaft, in der nur noch ein Bruchteil des Abfalls verbrannt werden muss. Dafür müssen wir mehr vermeiden, wiederverwerten, teilen und recyceln. Gemeinsam mit unseren beiden zuständigen Senatorinnen Regine Günther und Ramona Pop werden wir Berlin zur Zero Waste-Stadt umbauen.

Da wir aktuell eine heiße Debatte um zunehmende Vermüllung haben, finden sich konkrete Anknüpfungspunkte für uns. Zero Waste und Stadtsauberkeit sind zwei Seiten derselben Medaille. Vieles von dem, was da rumliegt, sind relativ zeitgenössische Produkte – von denen sich unsere Gesellschaft schnell wieder entwöhnen sollte: Plastiktüten, Kaugummipapiere oder Styroporteller.

20.000
EINWEGBECHER
pro Stunde in Berlin

EINE MILLION EURO FÜR ZERO-WASTE-INITIATIVEN

Damit die vielen tollen Ansätze nicht im Sande verlaufen, verbessern und ergänzen wir laufend die Strukturen. Bereits 2017 haben wir durchgesetzt, dass eine Million Euro für Zero Waste-Initiativen wie Foodsharing, Repair- und Tauschcafés oder nachhaltige StartUps zur Verfügung gestellt werden. In diesem Jahr konnten wir im Saubere Stadt-Paket sicherstellen, dass nicht nur große Akteure wie die Berliner Stadtreinigung (BSR), sondern auch kleinere und lokale Initiativen Mittel beantragen können.

Das Thema Müll geht uns alle an – ob Verzicht auf den Einwegbecher, der Einkauf im Unverpackt Laden, richtige Mülltrennung oder sinnvolle Gesetze. Wir alle müssen direkt vor Ort darüber sprechen und gemeinsam Strategien für eine stärkere Vermeidung und besseres Recycling entwickeln. Habt also Mut zum Trash-Talk!



Auf ihrem Landesparteitag im April 2018 haben Bündnis 90/Die Grünen Berlin dem Müll in der Stadt den Kampf angesagt. Nach dem Leitbild „Zero Waste“ wollen wir Berlin zur müllfreien Stadt umbauen. Den gesamten Beschluss mit allen Ideen, Zielen und Maßnahmen gibt es hier: gruenlink.de/1jbz.

Georg P. Kössler ist umweltpolitischer Sprecher unserer Abgeordnetenhausfraktion und wird in der WG „Captain Mehrweg“ genannt.

TRENDS 2018: SHARING UND RE-USE

Handys, Schuhe und Shirts werden noch vor unseren Beziehungspartner*innen ausgetauscht, alles landet schnell im Müll, und es wird immer mehr konsumiert.

Aber schlaue Füchse machen da nicht mit.

Wir teilen uns Bohrmaschinen und

Elektroroller, Zahnbürsten und Betten, geben Kleidung, Bücher und Möbel weiter.

Retro-Look ist nur fresh, wenn es nicht frisch produziertes Vintage ist, sondern wirklich

von Opa geklaut wurde. Und das Beste an dem Ganzen: Man sieht nicht nur ultra hip aus, sondern spart auch noch für den nächsten Chia Pudding. „Sharing“ und „Re-Use“ ist groß in Mode, Initiativen gründen sich in allen Bezirken, ein Gebrauchtwarenkaufladen poppt auf, und selbst der Senat macht mit.

Du auch?

Aktion der Senatsumweltverwaltung
www.berlin.de/re-use

Übersicht von Berliner Initiativen:
www.remap-berlin.de

Pop-Up-Store im CRCLR Haus:
14.–16.12. | Fr. 10–16 Uhr | Sa./So. 12–20 Uhr
Rollbergstraße 26, 12053 Berlin-Neukölln
weitere Termine unter www.crclr.org



Backpapier



Weinflasche



Kaffeefilter



Mohrrübe



Kaffeekapseln



Alte Fotos



Glühbirne



Joghurtbecher

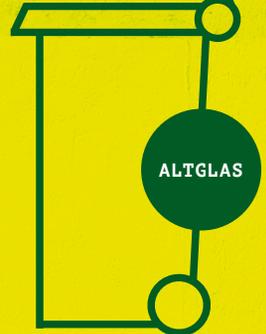
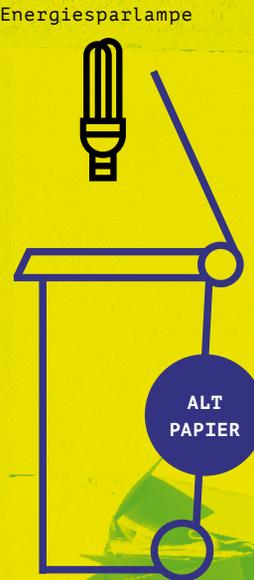


Nudelpackung mit Plastikfenster



Tempo

Energiesparlampe



WIE VERMEIDE ICH MÜLL?

- 01 Kauf nichts, was Du nicht wirklich brauchst.
- 02 Reduzier alles, was Du brauchst.
- 03 Verwende Produkte und Verpackungen, die wiederverwendbar sind.
- 04 Recycle alles, was recyclebar ist. Einzelteile trennen.
- 05 Kompostiere, anstatt alles in den Restmüll zu werfen.
- 06 Repariere Dinge, statt sie wegzuworfen.
- 07 Teile und tausche.

Auflösung

Restmüll-Alte Fotos, Tempo, Glühbirne, Backpapier | Biomüll-Kaffeefilter, Mohrrübe
 Gelbe Tonne-Kaffeekapseln, Joghurtbecher [Auswaschen ist unnötig. Den Deckel vom Joghurtbecher trennen! Der Deckel des Joghurtbechers besteht aus Metall, der Becher aus Kunststoff. Sortieranlagen können aber immer nur ein Material erkennen.]
 Altglas-Weinflasche | Sonstiges-Energiesparlampe
 Altpapier-Nudelpackung [Plastikfenster entfernen.]



TOO BIG TO FAIL GUTE PFLEGE FÜR EIN GESUNDES BERLIN

PFLEGE IST UNVERZICHTBARER TEIL DER DASEINSVORSORGE

Von Wolfgang Schmidt, Redaktion

Was bei den Banken und der Autoindustrie zutrifft, trifft bei der Pflege schon lange zu: Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Vergütung müssen stimmen. Das ist die Grundlage für gute und sichere Pflege. Und darauf sind die Menschen in Berlin angewiesen.

Die Pflegeberufe müssen also attraktiver werden. In der Koalitionsvereinbarung heißt es: Bessere Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung und familienfreundliche Arbeitszeiten für alle Berufsgruppen sind beispielhaft umzusetzen. Das Krankenhaus, das die Berliner*innen brauchen, ist ein Krankenhaus, in dem es mehr Zeit für Patient*innen gibt und in dem das Personal gesunde Arbeitsbedingungen vorfindet. Was den Beruf attraktiv macht – die Anwendung der Fachkenntnisse, die in der Ausbildung vermittelt werden – kann unter den derzeitigen Bedingungen kaum eingelöst werden. Maria Isabel Consuegra, Gesundheits- und Krankenpflegerin im Vivantes Klinikum am Urban, kann das bestätigen. „Wenn ich alleine dastehe und den Dienst mit einer hohen Anzahl von Patienten rumbekommen muss, fühlt sich das nicht gut an, weil die Patienten abgefertigt werden“, sagt sie. Das sei nicht Sinn und Zweck dessen, was sie in der Pflege gelernt hat. Sie glaubt: „Viele junge Menschen, die die Ausbildung gemacht haben und dann in die Praxis übergehen, sind desillusioniert und gehen enttäuscht aus der Pflege raus“.

EIN GRUND, WARUM SICH ZU WENIG FACHKRÄFTE AUF FREIE STELLEN BEWERBEN?

Zwischen Personalbesetzung und Qualität der Pflege besteht ein direkter Zusammenhang. Eine bedarfsgerechte Personalausstattung ist eine Voraussetzung, um ausgestiegene

**»WIR KÖNNEN HIER UND
JETZT DIE TREND-
WENDE GEGEN PFLEGE-
NOTSTAND EINLEITEN.
MIT BESSEREN PFLEGE-
BEDINGUNGEN HOLEN
WIR FACHKRÄFTE
ZURÜCK IN DEN BERUF
UND IN UNSER HAUS.«**

Silvia Habekost,

Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus,
Krankenschwester bei Vivantes

Fachkräfte zurückzuholen, ein positives Zeichen für junge Menschen, die sich für den Beruf engagieren und ein klares Signal, die Attraktivität und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Dass die Pflege dabei ein Mitspracherecht hat, ist für Violetta Kuc Voraussetzung. „Wir sind die größte Berufsgruppe. Ein Krankenhaus ohne Pflege funktioniert nicht“, stellt die Leiterin der Tageskliniken und Psychiatrischen Institutsambulanz an der Friedrich von Bodelschwingh-Klinik selbstbewusst fest. Sie wünscht sich ein mit Frauen besetztes Pflegeministerium. Vielleicht ist das eine gute Idee, denn 84 Prozent der Menschen in Deutschland glauben aufgrund der sogenannten „Pflegepersonalreform“ des Gesundheitsministers an keine Verbesserung für die Patient*innen. In der Wahrnehmung der Menschen reagiert die Bundesregierung zu spät und unangemessen auf die dramatische Lage, obwohl 69 Prozent die Gesundheitspolitik und Pflege für ein sehr wichtiges Thema halten.

84%

der Menschen in Deutschland glauben nicht an eine Verbesserung für die Patient*innen durch die sogenannte „Pflegepersonalreform“ des Gesundheitsministers.

OHNE GESUNDHEIT IST EBEN ALLES NICHTS!

Der Entwurf zum Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) ist ein Erfolg der Bundesratsinitiative des Landes Berlin. Es soll die Situation in der Pflege im Krankenhaus und in stationären Pflegeeinrichtungen verbessern. Aus der Sicherstellung bedarfsgerechter Versorgung und Pflege der Patient*innen in der „Pflegekraft-Patienten-Verhältniszahl“ durch Rot-Rot-Grün wurde allerdings eine Pflegepersonaluntergrenze. Es bereitet den Patient*innen Sorge, hier möglicherweise Mindestanforderungen auf niedrigem Niveau festzuschreiben. Personalschlüssel müssen sich an einer qualitativ guten Pflege und den Bedürfnissen der Patient*innen orientieren.

»LIEBE SCHWESTERN, VEREINIGT EUCH. SORGT DAFÜR, DASS EURE STIMME GEHÖRT WIRD.«

Inge Sliop, bis zum Renteneintritt 2000 Gleichstellungsbeauftragte der Charité, ist überzeugt: „Es ist Zeit, endlich eine festgelegte Personalbemessung zu Grunde zu legen.“ Sie war entsetzt, was sie als Patientin heute in Kliniken vorgefunden hat. „Für das Privatleben gibt es beim Pflegepersonal in der heutigen Zeit keine Möglichkeit mehr, irgendetwas zu planen.“

Pflege könne nur mit einer starken Vertretung etwas erreichen. Sie rät: „Liebe Schwestern, vereinigt euch. Sorgt dafür, dass eure Stimme gehört wird.“ Und sie wünscht sich kompetenten Sachverstand in der Politik. „Wer in der Politik hat Ahnung, wie in den Krankenhäusern Pflege zur Zeit abläuft?“

Immer häufiger versuchen Pfleger*innen, ihre Gesundheit durch Arbeitszeitreduzierung zu schützen oder wechseln in andere Bereiche. Das sind alles klare Indizien, dass wir dringend eine staatliche Intervention für verbindliche Vorgaben der Personalbesetzungsstandards benötigen.

Silvia Habekost ist Mitinitiatorin des Berliner Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus, das einen Volksentscheid anstrebt. „Unser Ziel ist eine bundesweite gesetzliche Personalbemessung“, so Habekost. Als Vorbild sieht sie den Tarifvertrag der Charité für mehr Personal. Auch Jeannine Sturm, Gesundheits- und Krankenpflegerin an der Charité, unter-

stützt das Bündnis: „Da ging es zum ersten Mal um mehr Personal, was komplett meine Sympathie erlangt hat, so frisch nach der Ausbildung. Ich finde den Beruf zu schön und habe mich deswegen dafür entschieden, aktiv zu werden.“

Die Qualität der Patientenversorgung ist im Landeskrankenhausplan geregelt. Der Ansatz zum Volksentscheid ist, dass ausreichend Personal diese Qualität sicherstellt. Habekost fragt sich: „Wieso müssen wir als Beschäftigte dafür kämpfen? Das ist doch irre. Und die Politik versteht es nicht.“ Sturm ergänzt: „Es gibt keinen Bereich bundesweit, der sagt, uns geht es so gut, uns könnt ihr als Maßstab nehmen.“

Fest steht auch, dass Eckpunkte des PpSG-Entwurfs zur fallpauschaltunabhängigen krankenhausindividuellen Vergütung und dazu notwendigen Personalbemessung unklar sind. Die rot-rot-grüne Koalition zeigt sich optimistisch, dass auf Landesebene in Kürze Vorschläge vorgelegt werden können. „Eine gute OP ist schon mal gut, aber wenn die Pflege danach nicht ordentlich gesichert wird, kann das auch medizinische Folgen haben“, bekräftigte Senatorin Dilek Kolat im Ausschuss Gesundheit, Pflege und Gleichstellung. „Dieser Stellenwert der Pflege im Krankenhaus ist das, was sich der Senat auf die Fahne geschrieben hat: Gleiche Augenhöhe für die Pflege! Auf jeden Fall müssen wir die Zahl der Pflegekräfte in den Krankenhäusern erhöhen, und zwar deutlich.“

Die gesundheitspolitische Sprecherin der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus, Catharina Pieroth, forderte im selben Ausschuss, dass Politik und Krankenhäuser das Problem lösen müssen. „Die Kassen werden wir in einem nächsten Zug auch dazu bitten.“ Fatoş Topaç, pflegepolitische Sprecherin, ergänzt: „Zum Erfolg wird beitragen, dass nennenswert gut ausgebildet wird und sich die Rahmenbedingungen vor Ort verändern, sodass die ausgebildeten Fachkräfte den Unternehmen dann auch erhalten bleiben.“

Silvia Habekost ist überzeugt: „Wir können hier und jetzt die Trendwende gegen Pflegenotstand einleiten. Mit besseren Pflegebedingungen holen wir Fachkräfte zurück in den Beruf und in unser Haus.“

Die rechtsförmliche Prüfung zu einem Landesgesetz liegt jetzt bei der Innenverwaltung.

DAS SAGEN DIE BERLINER*INNEN:

ES IST SACHE DER POLITIK. DAS PFLEGEPERSONAL MUSS MEHR ANERKENNUNG BEKOMMEN, AUCH WEIL ES MIT HERZ ARBEITET.

Sevill

DANKE! DANKE, DASS SIE FÜR ALLE SO GUT WIE ES GEHT DA SIND.

Daniel

MEHR PERSONAL – DAS STEHT AN ERSTER STELLE.

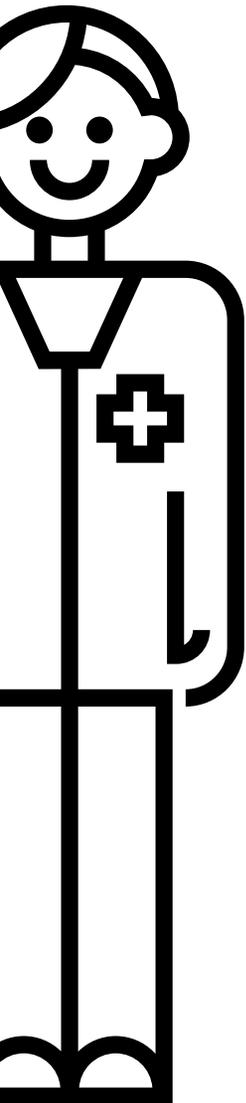
Monika

HUT AB, DASS IHR SOLCHE ARBEIT MACHT.

Peter

SEID STARK. SEID REBELLISCH. STECKT NICHT ZURÜCK, NUR WEIL IHR FRAUEN SEID.

Susann



KANN ROBOTIK ENTLASTUNG IN DER PFLEGE BRINGEN?

Algorithmen steuern immer mehr Arbeits- und Lebensbereiche. Sogenannte Serviceroboter eröffnen Anwendungsmöglichkeiten auch außerhalb der industriellen Fertigung – zum Beispiel für Aufgaben in Privathaushalten oder im Pflegebereich.

Doch wie lässt sich die Interaktion zwischen Mensch und Maschine verantwortungsvoll gestalten?

Um Pflegebedürftige im Alltag zu unterstützen und Pflegekräfte zu entlasten, wird derzeit die Bedeutung robotischer Mobilitätshilfen in der Altenpflege angedacht. Dazu gehören etwa Navigationsfunktionen für Rollstühle und Exoskelette, die Pflegekräfte bei körperlich anstrengenden Aufgaben unterstützen. Auch navigierende Pflegewagen, die den Verbrauch dokumentieren und Pflegeutensilien nachfüllen, versprechen bei Routinetätigkeiten Entlastung.

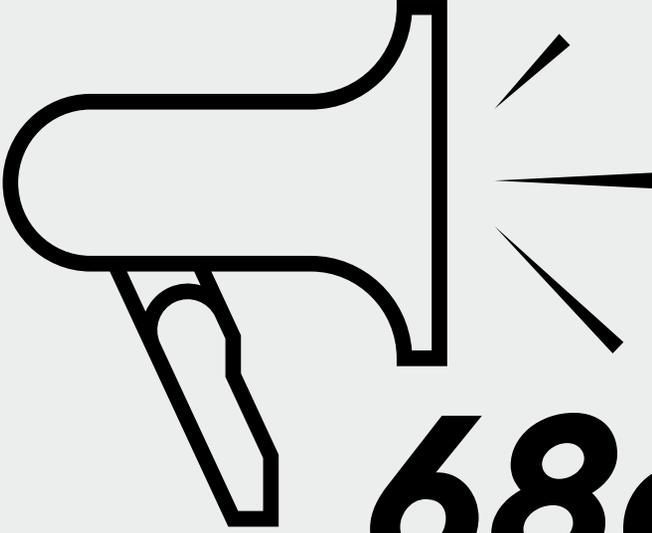
Eine Maschine, die Pflegeaufgaben am Menschen vollautonom ausführt und somit eine Pflegekraft ersetzt, ist zum jetzigen Zeitpunkt allerdings technisch und wirtschaftlich noch nicht realisierbar.

Zunächst ist das Ziel der robotischen Hilfe, das Personal zu entlasten und so mehr Zeit für die zwischenmenschliche Pflege und die Teilhabe pflegebedürftiger Menschen zu schaffen. Eine vollautomatisierte Pflege ist für viele Menschen aber eher eine Schreckensvision. Es liegt auf der Hand, dass es sich bei der Pflege um einen außerordentlich sensiblen Bereich handelt. Gute Pflege basiert auf körperlicher und emotionaler Arbeit, die den Zugang zum anderen erst ermöglicht.

Maschinelle Assistenz und Pflegerobotik können eine große Chance für die Pflege sein. Aber sie tragen auch Risiken in sich. Design, Funktionalität und ihre Integration in den Pflegeprozess müssen den Bedürfnissen der Menschen dienen und einen pflegerischen Mehrwert bieten. Wann und in welcher Form Robotik in den pflegerischen Alltag Einzug halten wird, bedarf einer vorausschauenden Gestaltung – und einer grundlegenden Debatte. Welche Potenziale und Grenzen bietet der Einsatz von Robotern? Neben der Frage, was machbar ist, gehört dazu selbstverständlich auch die Frage, was wünschenswert ist.

Von Wolfgang Schmidt
Redaktion





50
Jahre
68er

***Es lebe
das Weltretten!***

Die 68er haben für eine bessere Zukunft gekämpft – gegen alle Widerstände und auch, wenn sie in der Gegenwart noch unerreichbar schien. Sie waren realistisch und verlangten das Unmögliche. Das macht auch uns Grüne aus.

Ich bin selbst ein Kind von 68ern und weiß aus eigener Erfahrung, dass wir viele unserer Freiheiten ihrem Kampf gegen starre Strukturen, überholte Traditionen und eine rigide Sexualmoral zu verdanken haben. Diesen Kampf führten sie gegen die Mehrheit der Gesellschaft und behielten dabei auch noch gute Laune. Das war Weltveränderung im besten Sinne: kreativ, positiv und mutig. Gerade jetzt, wo Ängste geschürt werden und der Ruf nach neuen Autoritäten wieder lauter wird, brauchen wir davon mehr.

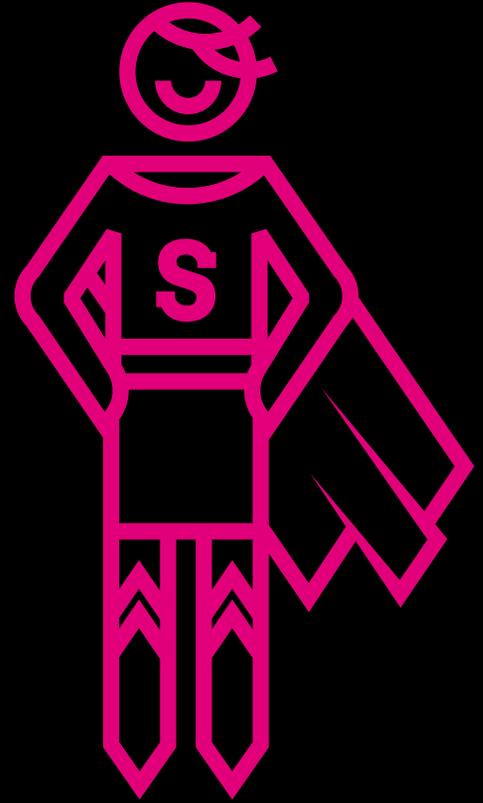
Zum Erbe der 68er gehört auch, dass sie unsere Gesellschaft politisiert haben. Menschen, die zuvor unterdrückt und ignoriert wurden, wurden laut und sichtbar. Alles war politisch, alles wurde diskutiert. Auch in der Bewegung selbst gab es Streit darüber, was die wichtigen Probleme sind und was die richtigen Lösungen. Nichts war den 68ern einfach egal. Für sie war klar: Wer die Welt retten will, muss sie ändern. Und das geht alle an.

Davon sind auch wir Grünen überzeugt. Wir kämpfen an der Seite emanzipatorischer und solidarischer Bewegungen und haben Lösungen für Probleme, die andere noch nicht mal als solche erkannt haben. So verteidigen und führen wir das Erbe der 68er fort. Bis heute und auch die nächsten 50 Jahre.

von Antje Kapek
Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus

FRAUEN AN DIE MACHT!

*MEHR FEMINISMUS WAGEN!
MIT UNS WIRD
BERLIN ZUR STADT
DER FRAUEN.*



2018 ist nicht nur ein Jubiläumsjahr für die grüne Partei, sondern auch historisch für die grünen Frauen in Berlin. Zum ersten Mal in seiner Geschichte war das höchste Frauengremium des Landesverbands am 13. Oktober 2018 beschlussfähig.

Die Frauen*Vollversammlung wurde im letzten Jahr reformiert und dadurch deutlich gestärkt. Bisher mussten 10 Prozent der weiblichen Mitglieder anwesend sein, damit die Versammlung beschlussfähig ist. Jetzt ist die Beschlussfähigkeit durch ein Delegiertensystem sichergestellt – wie bei den Parteitag. Wird das Quorum nicht erreicht, wird die Vollversammlung in eine Frauen*Konferenz umgewandelt. Die Beschlüsse der Delegierten sind denen des Landesausschusses gleichgestellt und damit bindend für die ganze Partei.

„Der Kampf für die Rechte von Frauen gehört zu den grünen Wurzeln“, sagt die Landesvorsitzende Nina Stahr. „In Berlin haben wir schon einiges erreicht, aber am Ziel sind wir noch lange nicht. Auch hier gehören Gewalt und Sexismus zum Alltag, haben Frauen noch nicht die Hälfte der Macht, übernehmen Frauen den Großteil der Care-Arbeit und werden Frauen für ihre Lohnarbeit schlechter bezahlt. Das werden wir ändern!“

Hier geht es zu den Beschlüssen der
Versammlung: gruenlink.de/1jdd



Im Leitantrag „Mehr Feminismus wagen! Mit uns wird Berlin zur Stadt der Frauen.“ legten die Frauen des Landesvorstands einen umfassenden Maßnahmenkatalog vor, um grüne Frauenpolitik in Berlin voranzutreiben. Der Antrag forderte unter anderem paritätisch quotierte Wahllisten und Frauenquoten für Ämter und Gremien bis hin zum Bundestag, eine langfristige Kampagne, um die gesellschaftliche Wahrnehmung von Alleinerziehenden positiv zu beeinflussen, die Berufung eines Expert*innen-Gremiums gegen sexistische Werbung sowie eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs bei lesbischen Berlinerinnen.

„Gleichstellungspolitik wurde in Berlin lange nicht ernst genommen“, kritisiert Nina Stahr. „In einer Regierung mit uns passiert das nicht! Als rot-rot-grüne Koalition sind wir angetreten, um Berlin gerechter zu machen. Dazu gehört auch der Abbau von Ungleichheit zwischen allen Geschlechtern.“ Der Leitantrag wurde einstimmig angenommen.

Das Gremium beschäftigt sich aber nicht nur mit Frauenpolitik, sondern mit Fragestellungen aller Politikbereiche. Es dient dem Austausch, der Vernetzung und der politischen Diskussion unter Frauen. Und es sorgt dafür, dass Frauen ihren Teil der Macht einfordern können – laut und deutlich.

Von Hannah König
Redaktion

OBDACHLOSE FRAUEN

KEIN RAUM ZUM LEBEN

Von Angélique Menjivar de Paz, Hannah König und Wolfgang Schmidt, Redaktion

Eine Wohnung zu haben ist für die meisten Menschen in Deutschland eine Selbstverständlichkeit. Jede*r hat Gegenstände, Kleidung, Bücher, Hausrat – 1001 Dinge, meist eher zu viel als zu wenig.

Im reichen Sozialstaat Deutschland scheint es fast unmöglich, ohne ein Dach über dem Kopf zu leben, keine vier Wände um sich zu haben, die zu einem gehören. Eine Privatsphäre, einen geschützten Raum, in dem die eigenen Dinge ihren Platz haben. Wo gegessen, geträumt, gelebt wird. Es scheint unmöglich. Aber es passiert jeden Tag.

Etwa 40.000 Menschen in Berlin sind derzeit wohnungslos, mehrere tausend leben auf der Straße. Obdachlosigkeit gilt dabei oft als Männerproblem. Doch auch immer mehr Frauen sind davon betroffen. Waren in den 1990er-Jahren noch 15 Prozent der Obdachlosen in Deutschland weiblich, so sind es laut einer Untersuchung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe inzwischen 25 Prozent. Wie viele Frauen wirklich betroffen sind, kann niemand sagen. Die Zahlen sind nur Schätzungen, die Dunkelziffer liegt vermutlich deutlich höher. Denn Frauen bemühen sich besonders stark, ihre Wohnungs- oder Obdachlosigkeit zu kaschieren.

Den meisten ist ihre Situation unendlich unangenehm. Wohnungslosigkeit steht dabei selten am Anfang des sogenannten gesellschaftlichen Abstiegs. Häufig ist sie eine Auswirkung vom Verlust der Arbeitsstelle, von Depressionen, von getrennten Beziehungen, von Schicksalsschlägen oder von lange Zeit verdeckter Altersarmut. Etwa die Hälfte der Frauen ist außerdem von psychischen Erkrankungen betroffen. Die allgemeine Not auf dem Berliner Mietmarkt verschärft die Situation noch weiter.

Häufig reicht als Ursache bereits, dass Frauen nicht im Mietvertrag stehen, sondern nur ihre männlichen Partner. Bei einer Trennung stehen sie plötzlich auf der Straße und sind auf die Unterschlupfmöglichkeit bei der Familie oder bei Freund*innen angewiesen. Ist dort kein Platz, bleibt oft nur der Weg zurück zum Partner – und nicht selten zurück zu häuslicher Gewalt.

Zur Wohnungslosigkeit kommt in vielen Fällen auch noch Arbeitslosigkeit. Hier beginnt ein Teufelskreis: Ohne Meldeadresse kein Job, ohne Job kein Mietvertrag. Dann bleibt nur noch der Gang zum Jobcenter. Doch auch die Behördengänge werden zum Spießrutenlauf, wenn die Habseligkeiten verteilt, Papiere nicht mehr geordnet sind, kein Konto existiert. Gerade für Frauen mit psychischen Erkrankungen ist die umfangreiche Bürokratie oft eine unüberwindbare Hürde.

In Berlin wurde das Problem lange Zeit vernachlässigt. So existieren derzeit nur sieben reine Frauenunterkünfte mit rund 80 Schlafplätzen, außerhalb der Kälteperiode sogar nur drei. Das soll sich nun endlich ändern. Sowohl für den Kampf gegen Obdachlosigkeit als auch für frauenpolitische Projekte stellt die rot-rot-grüne Koalition deutlich mehr Gelder bereit. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, mehr Unterkünfte für wohnungslose Frauen einzurichten sowie weitere Plätze in Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen zu schaffen.

NEUE HEIMAT FÜR EVAS HALTESTELLE

Fatoş Topaç, sozialpolitische Sprecherin, und Anja Kofbinger, frauenpolitische Sprecherin, setzen sich im Berliner Abgeordnetenhaus dafür ein, dass diese Vereinbarungen nun auch zügig umgesetzt werden. In den nächsten drei Jahren werden über das neue Projekt „Housing First“ 30 Wohnungen niederschwellig für wohnungslose Frauen bereitgestellt. Außerdem werden durch die Mittel Beratungsangebote für psychisch erkrankte und suchtmittelabhängige Frauen ausgebaut. Für Frauen mit Suchtproblemen und psychiatrischer Diagnose werden zusätzliche Unterkünfte geschaffen.

Evas Haltestelle ist eine der wichtigsten Anlaufstelle für obdachlose Frauen in Berlin. Dieses Jahr stand die Tagesstätte kurz vor dem Aus: Nach 20 Jahren wurde der Mietvertrag gekündigt. Mit Unterstützung des grünen Bezirks Mitte fand Evas Haltestelle jedoch ein neues, größeres Haus. In Zukunft können über 100 Frauen täglich einen geschützten Raum für ihre Bedürfnisse in der Unterkunft finden. Für 20 Frauen stehen tagsüber und während der Berliner Kältehilfe geschützte Schlafplätze zur Verfügung.

Betroffene Frauen können sich ab sofort unter der Telefonnummer 0151-14866417 und in der Müllerstraße 126 melden.

90%

**DER FRAUEN OHNE FESTEN WOHNSTUZZ
HABEN GEWALT ERLEBT.**

Der beste Weg, Wohnungslosigkeit zu bekämpfen, ist aber, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Damit Mietschulden nicht zum Wohnungsverlust führen, fordern die Grünen, dass Ermessensspielräume der Jobcenter bei der Schuldenübernahme in Zukunft besser genutzt werden. Zwangsräumungen von Familien müssen ausgesetzt und die bezirklichen Schuldenberatungen bekannter und personell besser aufgestellt werden. Mit einer aufsuchenden Sozialarbeit könnte außerdem sichergestellt werden, dass die Hilfe auch wirklich bei den Betroffenen ankommt. Solche präventiven Maßnahmen sind ein zentraler Baustein und ein wirksames Mittel, um Obdachlosigkeit vorzubeugen. Klar ist aber auch: Es wird trotzdem immer obdachlose Menschen geben. Ihnen Sicherheit und ein Dach über dem Kopf zu geben – dafür hat die rot-rot-grüne Koalition nun die Weichen gestellt.

DEIN ANRUF RETTET LEBEN

In den kalten Wintermonaten ist Obdachlosigkeit besonders gefährlich. Immer wieder erfrieren Menschen auf Berlins Straßen. Wer helfen möchte, kann einen der Berliner Kältebusse rufen. Die Mitarbeiter*innen bieten Hilfe, eine Tasse heißen Tee oder einen warmen Schlafsack an und fahren wohnungslose Menschen auf Wunsch zu einem sicheren Übernachtungsplatz.

Kältebus der Stadtmission

0178-523 58 38

DRK-Wärmebus

0170-910 00 42



**WIR
FEIERN**

... 40 JAHRE AL

25 JAHRE BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

200. AUSGABE
STACHLIGE ARGUMENTE

2018 IST EIN HISTORISCHES JAHR FÜR BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BERLIN.



Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende Bündnis 90/
Die Grünen Berlin

Gleich drei Jubiläen feiern wir mit dieser Ausgabe. Am 5. Oktober 1978 gründete sich die Alternative Liste in Berlin. Am 20. Juni 1993 schlossen sich die Berliner Landesverbände von Bündnis 90 und Die Grünen zusammen. Und mit dieser Ausgabe der Stachligen Argumente erscheint unsere Mitgliederzeitung zum 200. Mal.

Unsere Wurzeln liegen in den Bürgerbewegungen der 1970er-Jahre – von der Frauen- und Umweltbewegung über die Friedensbewegung bis hin zu Hausbesetzer*innen. Diesen Wurzeln sind wir bis heute treu geblieben. Gleichzeitig sind wir ein fester Bestandteil der Berliner Politik geworden und gestalten in der Regierung die Stadt.

Ob bei der Verkehrs- und Energiewende, beim Kampf gegen Wohnungsnot und Diskriminierung, ob in der Gleichstellungspolitik oder beim Umwelt- und Klimaschutz: Grüne Stimmen waren vor 40 Jahren wichtig – und sie sind es noch heute. Seit unseren Anfängen 1978 haben wir viel erreicht. Zeit, einen Blick zurück zu werfen.

ANDERS

LEBEN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS POLITIK MACHEN

VON DER BÜRGERBEWEGUNG ZUR GRÜNEN PARTEI

von Hannah König, Redaktion

Angefangen hat alles mit dem Drang, die Welt zu verändern. In den späten 70er-Jahren war die Stunde der sozialen Bewegungen gekommen. Tausende gingen auf die Straße, um gegen Atomkraft, Waldsterben, Diskriminierung und Wettrüsten zu demonstrieren. Von der Frauenbewegung über die Umwelt- und Friedensbewegung bis hin zu Hausbesetzer*innen – neue Bürgerinitiativen schossen wie Pilze aus dem Boden. Doch so stark ihre Stimmen auf der Straße waren, so wenig waren ihre Themen in deutschen Parlamenten vertreten.

In diesem hochpolitischen Klima kamen am 5. Oktober 1978 über 3000 Aktivist*innen in der Neuköllner „Neuen Welt“ zusammen. Ihr Ziel: Die Bewegungen in die Parlamente tragen. Marxistinnen, Ökofundis, Feministen, Pazifistinnen und Utopisten – sie alle gründeten an diesem Abend gemeinsam die „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz“ – den West-Berliner Vorläufer der heutigen Grünen.

Anders als alle ihre Vorgänger und Nachfolgerinnen entstanden die Grünen nicht als Abspaltung oder Neuformierung von bestehenden Parteien, sondern aus der Gesellschaft heraus. „Wir wollten die Kraft der Bewegungen dafür nutzen, dass wichtige Themen und Ideen endlich auch im Parlament Gehör finden“, erklärt Hans-Christian Ströbele, der beim Berliner Gründungsparteitag dabei war. Das Motto der Aktivist*innen: „Jetzt wählen wir uns selbst!“

Die Alternative Liste besetzte eine gesellschaftliche Leerstelle. „Das war ein Wahnsinns-Aufbruch“, erinnert sich Renate Künast, die der AL 1979 beitrug. „Unser Ziel war nicht weniger als die Veränderung der Welt: Nachhaltiges Wirtschaften statt Raubbau. Ökolandbau statt Agrarindustrie. Gleichheit statt Diskriminierung. Mehr Demokratie und eine Stadt für alle!“



**»UNSER ZIEL WAR
NICHT WENIGER
ALS DIE VERÄNDERUNG
DER WELT...«**

VON DER STRASSE INS PARLAMENT: EINZUG INS BERLINER ABGEORDNETENHAUS

Bei ihrer ersten Wahl 1979 erhielt die AL auf Anhieb 3,7 Prozent der Stimmen. Damit verfehlte sie zwar den Einzug ins Abgeordnetenhaus, zog aber in vier Bezirksverordnetenversammlungen ein. „Wir setzten all unsere Kraft in die Wahl 1979“, erzählt Gründungsmitglied Wolfgang Wieland. „Eine langfristige Perspektive war für uns gar kein Thema.“ Viele hielten die grüne Bewegung für eine politische Eintagsfliege: Zusammen mit dem Umwelthype würde schon bald auch die Partei verschwinden. Doch sie sollten sich irren: „Die Idee hatte ihre Zeit gefunden – und sie ließ sich nicht aufhalten“, sagt Wolfgang Wieland.

Bei den Neuwahlen 1981 zog die AL mit 7,2 Prozent der Stimmen und neun Abgeordneten erstmals ins Berliner Abgeordnetenhaus ein und übersprang auch in allen zwölf Bezirken die damals geltende Fünf-Prozent-Hürde. Mit diesem Ergebnis wurde sie drittstärkste Kraft noch vor der FDP. Bei der Wahl 1985 konnte die AL ihren Stimmenanteil sogar auf 10,6 Prozent ausbauen und ihre Position als drittstärkste Kraft behaupten.

Die AL war in der Berliner Politik angekommen – doch Regierungsbeteiligungen lehnte sie zunächst kategorisch ab. Sie sah sich als Gegenentwurf zu den etablierten Parteien. Diesem Verständnis als „Anti-Parteien-Partei“ versuchte die AL auch in ihren eigenen Strukturen gerecht zu werden. Vom Rotationsprinzip über den Einheitslohn bis hin zur Frauenquote – bei der AL galt das Credo: Anders leben, anders arbeiten, anders Politik machen (siehe S. 21).



7,2%

Hans-Christian Ströbele

Das erste grüne Direktmandat

Hans-Christian Ströbele ist ein politisches Urgestein der grünen Bewegung. Und er war der erste und lange Zeit einzige Grüne, der direkt in den Bundestag gewählt wurde.

Anfangs schien das Ziel aussichtslos. „Um den direkten Einzug zu schaffen, musste ich meinen Stimmenanteil in Friedrichshain-Kreuzberg verdoppeln“, erzählt Hans-Christian Ströbele. „Niemand hat damals geglaubt, dass das klappt.“ Doch sein engagierter Wahlkampf riss alle mit. Über 30 Prozent machten am Ende ihr Kreuz bei ihm. Er schrieb grüne Geschichte: Vier Mal in Folge schaffte er danach wieder den direkten Einzug. Mit 77 Jahren verzichtete er 2017 auf eine weitere Kandidatur. Seine Nachfolgerin Canan Bayram verteidigte den Wahlkreis – und wurde so die erste grüne Frau, die direkt in den Bundestag einzog. An einen Abschied von der Politik denkt Hans-Christian Ströbele aber noch lange nicht. Er verspricht: „Ihr werdet noch von mir hören.“



VON DER OPPOSITION AUF DIE REGIERUNGSBANK: ERSTE ROT-GRÜNE KOALITION

Bei der Wahl 1989 wurde das Selbstverständnis als Oppositionspartei in Frage gestellt: Mit 11,8 Prozent für die AL und 37,3 Prozent für die SPD, reichte es für eine rot-grüne Mehrheit im Berliner Senat. „Die Annäherung war sehr schwierig, weil wir uns als Gegenbewegung zur SPD und ihrem Auto-, Atom- und Betonkurs verstanden“, erklärt Wolfgang Wieland. „Gleichzeitig gab es eine unglaubliche Kreativität in der AL und wir hatten hunderte Ideen, die wir anpacken wollten.“

So wurde 1989 die erste rot-grüne Koalition unter dem Regierenden Bürgermeister Walter Momper geschlossen. Die AL stellte mit Michaela Schreyer, Sybille Volkholz und Anne Klein drei Senatorinnen, die SPD die übrigen zehn – auch hier die Hälfte Frauen. Damit war der rot-grüne Senat die erste Landesregierung mit „Frauenmehrheit“. Insbesondere im Bereich der ökologischen Stadterneuerung konnte die AL außerdem viele Ziele im Koalitionsvertrag durchsetzen.

Doch die Zusammenarbeit lief nicht ohne Reibungen. 1990 ließ Innensenator Erich Pätzold (SPD) eine Reihe besetzter Häuser in der Mainzer Straße in Friedrichshain polizeilich räumen. Kurz vor der Neuwahl am 2. Dezember 1990, die aufgrund der Wiedervereinigung Berlins notwendig wurde, kündigte die AL deshalb die Koalition auf.

AUS ZWEI MACH EINS: ZUSAMMENSCHLUSS VON BÜNDNIS 90 UND AL

1993 war es endlich soweit: Nach langen Verhandlungen schlossen sich die Landesverbände des Ostberliner Bündnis 90 und der Westberliner Alternativen Liste auf einem gemeinsamen Parteitag zusammen. Die grünen Bewegungen und die Opposition in der DDR waren seit ihrer Entstehung durch gemeinsame Grundanschauungen miteinander verbunden. Dazu gehörten der grenzüberschreitende Einsatz für die Umwelt, die Unteilbarkeit der Menschenrechte, das Streben nach Überwindung der Blocklogik und einer gemeinsamen Friedensbewegung von unten.

Zusammen stark werden statt einzeln untergehen: Die Vereinigung war Voraussetzung für den Fortbestand zweier noch junger Parteien. Weder Bündnis 90 noch die Grünen wollten den Weg der parteipolitischen Konkurrenz nachahmen und einfach der größeren westdeutschen Schwester die kleinere ostdeutsche angliedern. In einem langen Prozess gelang es, die Oppositionskulturen aus West- und Ost-Berlin auf Augenhöhe zu vereinigen. Das Vermächtnis und der Elan der DDR-Bürgerrechtsbewegung wurde so in das wiedervereinigte Berlin transportiert.

BÜNDNIS 90 – BÜRGER FÜR BÜRGER

Den Keim der friedlichen Revolution in der DDR legten mutige Aktivist*innen aus der Bürgerrechts-, Umwelt- und Friedensbewegung, die sich zu oppositionellen Bündnissen zusammenschlossen. Sie waren entscheidend daran beteiligt, die SED zur Aufgabe ihres Machtmonopols zu zwingen und die Auflösung der Stasi voranzutreiben. Am 7. Februar 1990 beschlossen drei dieser Bündnisse – das Neue Forum, die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und Demokratie Jetzt – eine gemeinsame Listenvereinigung zu bilden: Das Bündnis 90. Bei der folgenden ersten und letzten freien Volkskammerwahl der DDR erhielt das Wahlbündnis 2,9 Prozent der Stimmen und damit 12 Mandate. Sein weitaus bestes Ergebnis erzielte Bündnis 90 im Bezirk Berlin mit 6,3 Prozent. Nach der ersten Gesamtberliner Wahl im Dezember 1990 bildeten die Alternative Liste und Bündnis 90 eine Fraktionsgemeinschaft im Berliner Abgeordnetenhaus. 1991 formierte sich schließlich aus der lockeren Vereinigung die Partei Bündnis 90. Zwei Jahre später folgte der Zusammenschluss: Gemeinsam wurden die beiden Parteien zum heutigen Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Berlin.

GEGEN DEN ALTERNATIVE STROM: PARTEISTRUKTUREN

Die Alternative Liste verstand sich lange als Gegenentwurf zu den etablierten Parteien. Auch in ihren Strukturen zeigte sie deshalb deutlich: Wir sind anders!

TRENNUNG VON AMT UND MANDAT

Die Trennung von Amt und Mandat soll verhindern, dass sich zu viel Macht auf eine Person konzentriert. Ein Regierender Bürgermeister, der gleichzeitig auch Parteivorsitzender ist wie derzeit z.B. bei der Berliner SPD – für Bündnis 90/Die Grünen bis heute undenkbar. Lange Zeit führte die Partei deshalb auch keine personalisierten Wahlkämpfe.

ROTATIONSPRINZIP KONSENSPRINZIP

Das Rotationsprinzip begrenzte die Amtszeit von grünen Bundestags- und Landtagsabgeordneten. Nach der Hälfte der Wahlperiode wurden sie von ihren Nachrücker*innen abgelöst. Heute gilt in Berlin noch immer die sogenannte Neuenquote: Bei der Aufstellung der Listen für die Abgeordnetenhauswahlen muss mindestens jeder dritte Listenplatz mit einer Person besetzt werden, die noch nie einem Parlament angehört hat. Statt nur auf alte Hasen zu setzen, bekommen so auch neue grüne Köpfe eine Chance.

Um die vielen Strömungen unter dem Dach der AL zusammenzuführen, galt das sogenannte Konsensprinzip. Demnach durfte keine Minderheit durch Mehrheitsentscheidungen übergangen werden. Knappe Entscheidungen – wie etwa beim Brexit – waren damit undenkbar. Mitunter war es deshalb jedoch schwierig, kontroverse Fragen zu klären. Im Zweifel ließ man widersprüchliche Positionen koexistieren und verzichtete auf eine Entscheidung.

EINHEITSLohn FRAUENQUOTE

In den Anfangsjahren galt bei der Alternativen Liste der Einheitslohn: Egal ob Fraktionsvorsitzende, Bundestagsabgeordneter oder Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle – alle bekamen die gleichen Bezüge. Ein Unterschied wurde lediglich bei Angestellten mit Kindern gemacht: Sie erhielten einen Zuschlag. Ansonsten galt der Einheitslohn von 2400 Mark netto „vom Kopierer bis zum Vorsitz“.

Bündnis 90/Die Grünen setzte als einzige Partei in Deutschland von Beginn an auf eine Frauenquote. Im grünen Frauenstatut ist festgelegt, dass mindestens die Hälfte aller Ämter und Mandate Frauen zusteht. Bei Wahlen zu Vorständen oder bei Listenaufstellungen werden die ungeraden Plätze von Frauen besetzt – der erste Platz ist also immer einer Frau vorbehalten. In Berlin wurde von dieser Regelung noch nie abgewichen. Und die Quote wirkt: Die grüne Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat mit knapp 60 Prozent den mit Abstand höchsten Frauenanteil aller Fraktionen.

ROT-GRÜNES INTERMEZZO: DER ÜBERGANGSSENAT UNTER WOWEREIT

2001 brach die Bankgesellschaft Berlin zusammen und belastete Berlin in Milliardenhöhe. Der Skandal beendete die Große Koalition unter Eberhard Diepgen. Der neue Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit bildete bis zur Neuwahl im Oktober 2001 mit den Grünen einen Minderheitssenat, der von der PDS toleriert wurde.

Die obersten Ziele der rot-grünen Koalition waren die Sanierung der Bankgesellschaft Berlin, Kassensturz und Konsolidierung des Landeshaushalts. Denn durch den Bankenskandal entstand Berlin ein riesiger Schuldenberg, der bis heute nicht abgetragen ist.

In der kurzen Regierungszeit wurden viele Projekte angestoßen. So richtete Wolfgang Wieland als grüner Justizsenator eine Sonderermittlungsgruppe ein, um unter anderem zwielichtige Verkäufe, Strohmengeschäfte und Exklusivfonds aufzuklären. Bei den Neuwahlen im Oktober 2001 reichte es jedoch nicht für Rot-Grün. Wowereit ging daraufhin eine Koalition mit der PDS ein.

MITMISCHEN STATT ZUSCHAUEN: OPPOSITION IST KEIN MIST

Der rot-grüne Senat war ein kurzes Intermezzo in einem Vierteljahrhundert Oppositionsarbeit. Fraktion und Partei blieben in dieser Zeit aber alles andere als untätig. Nach dem Fall der Berliner Mauer setzte sich die AL dafür ein, dass die Mauer und die gesamte Grenze als Gedenken an ein geteiltes Berlin erkennbar bleiben. Die Fraktion initiierte den Mauerradweg und die Mauerstreifzüge, die bis heute jedes Jahr mit Michael Cramer, einem ihrer stärksten Verfechter, durch die Stadt ziehen.

1991 startete die AL die NOLympia-Kampagne gegen die Ausrichtung der Olympischen Spiele in Berlin. Anstelle von Prestigeprojekten forderte sie einen nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur – mit Erfolg. 2008 fand in Berlin der erste Volksentscheid statt: CDU und FDP wollten den Flughafen Tempelhof weiterbetreiben. Die Grünen kämpften für die Schließung. Auch hier mit Erfolg: Am 30. Oktober 2008 landete der letzte Flieger in Tempelhof. Das Gelände wurde in einen Park umgewandelt. 2014 verteidigten die Grünen die Freifläche erneut, dieses Mal gegen eine Bebauung, und unterstützten den Volksentscheid für den Erhalt des Tempelhofer Feldes.

Über 25 Jahre setzten Fraktion und Partei mit Kampagnen, Anträgen und viel Engagement grüne Akzente in der Berliner Politik – auch aus der Opposition heraus.



Elisabeth Ziemer

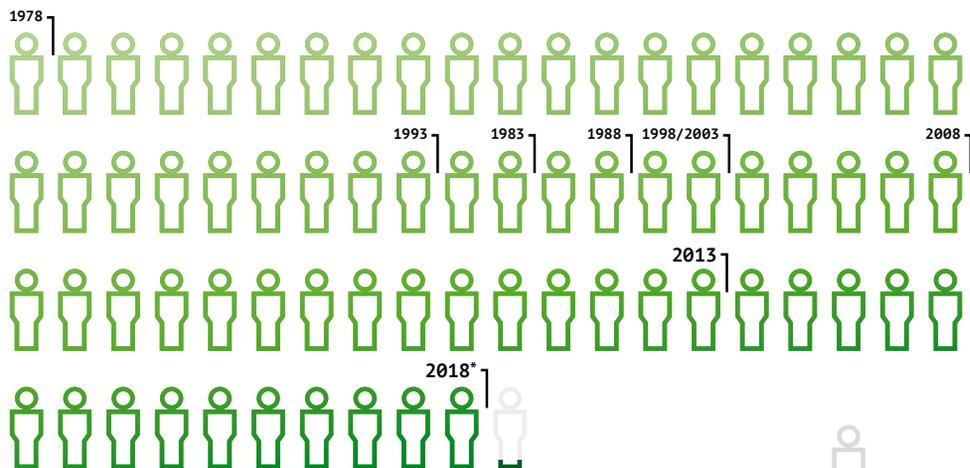
Erste grüne Bezirksbürgermeisterin

Elisabeth Ziemer wurde nicht nur als erste grüne Frau Bezirksbürgermeisterin in Berlin, sie initiierte auch ein historisches Ereignis, das international wahrgenommen wurde: das Hissen der ersten Regenbogenflagge vor einem deutschen Rathaus.

*„Der damalige Schwulenverband Deutschland fragte mich im Juni 1996, ob ich nicht anlässlich von CSD und Stadtfest am Nollendorfplatz die Regenbogenfahne auf dem Rathaus hissen wolle. Ich sagte sofort ja, lud Community und Journalist*innen ein und wir zogen in vergnügter Stimmung die Fahnen hoch. Kaum flatterten sie im Wind, erreichte uns schon ein Fax des damaligen Innensensors der CDU, Schönbohm. Unter Hinweis auf die BeflaggingsVO ordnete er die sofortige Beseitigung an. Doch wir fanden eine Lücke: Bei bezirklichem Anlass waren zusätzliche Flaggen erlaubt. Schönbohm gab jahrelang nicht auf. Er veränderte die Verordnung und zählte auf, was an jedem der normalerweise drei Masten vor den Berliner Rathäusern zu hängen habe. Nur hatten wir 14 Stück davon und flaggten weiter. Zuletzt forderte er den Regierenden Bürgermeister Diepgen auf, gegen mich ein Disziplinarverfahren einzuleiten und die Kompetenz der Bezirksbürgermeister überprüfen zu lassen. Da der Flaggenstreit inzwischen bis Amerika vorgedrungen war und alle Medien auf unserer Seite standen, verzichtete Diepgen lieber darauf. 2002 wurde die BeflaggingsVO endlich erneut geändert – unter expliziter Nennung der Regenbogenfahne. Und heute finden wir sie vor vielen Rathäusern, nicht nur in Deutschland. So kann lokale Politik internationale Auswirkungen haben!“*

7.086

WIR SIND VIELE MITGLIEDERZAHLEN



* Stand 31.10.2018

entspricht
100 Mitgliedern

Nie waren wir in Berlin so stark aufgestellt wie heute. Unsere Mitgliederzahlen steigen kontinuierlich an. Im Oktober 2018 haben wir die 7000 vollgemacht – gemeinsam mit Rebekka, Philipp und Beate. Drei Mitglieder erzählen, warum sie bei uns eingetreten sind.

Rebekka (22): „Ich bin Mitglied bei den Grünen geworden, um mich für ein faires Miteinander und eine tolerante Gesellschaft einzusetzen. Besonders nach den Ereignissen in Chemnitz war es für mich an der Zeit, Farbe zu bekennen – und die war in meinem Fall grün.“

Philipp, (30): „In Zeiten, in denen rechtspopulistische Parteien in Europa immer mehr Zulauf haben, ist jeder Einzelne aufgefordert, politisch aktiv zu werden! Da mir die Zukunft des europäischen Projekts sehr am Herzen liegt, war für mich klar, dass mein Engagement nur bei Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem eindeutig proeuropäischen Programm sinnvoll ist.“

Beate (61): „Bündnis 90/Die Grünen leisten inzwischen nicht nur auf Länderebene überzeugende Regierungsarbeit. Sie spielen auch in der Bundespolitik eine wichtige Rolle, die es weiter auszubauen gilt. Notwendig ist dafür eine breite Mitgliederbasis, die ich durch meinen Eintritt in die Partei stärken möchte.“



AUFARBEITUNG: UMGANG DES LANDESVERBANDS MIT PÄDOSEXUALITÄT

Auch dieses dunkle Kapitel gehört zur Geschichte von Bündnis 90/Die Grünen: Der Berliner Landesverband hat 2013 eine Kommission eingesetzt, um den Umgang der Partei mit Pädosexualität und sexualisierter Gewalt gegen Kinder von der Gründungsphase bis in die 1990er-Jahre aufzuarbeiten. Alle Informationen zur Kommission und den vollständigen Bericht gibt es unter www.gruene.berlin/aufarbeitung.

MIT DEM DEUTSCHLANDWEIT ERSTEN MOBILITÄTSGESETZ WURDE BERLIN ZUR VORREITERIN UND LEITETE DIE VERKEHRSWENDE EIN.



40 Jahre in Bildern:
In unserem Film zum Jubiläum lassen wir die grüne Geschichte noch einmal Revue passieren – www.gruene.berlin/video-40-jahre.

EINE NEUE ÄRA: ERSTE ROT-ROT-GRÜNE KOALITION

2016 begann ein neues Kapitel in der grünen Geschichte. Unter dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller bildeten Bündnis 90/Die Grünen, Linke und SPD die erste rot-rot-grüne Koalition. Ob Umwelt- und Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende, ob Antidiskriminierung oder Sozialpolitik – der Koalitionsvertrag trug eine deutliche grüne Handschrift. In den ersten zwei Jahren der gemeinsamen Regierung konnten die Grünen bereits eine Reihe von Projekten umsetzen und anstoßen.

Mit dem deutschlandweit ersten Mobilitätsgesetz wurde Berlin zur Vorreiterin und leitete die Verkehrswende ein. Der Ausbau der Radinfrastruktur ist darin verbindlich geregelt, auch für Fußgänger*innen, ÖPNV, Wirtschafts- und Autoverkehr wird die Situation verbessert.

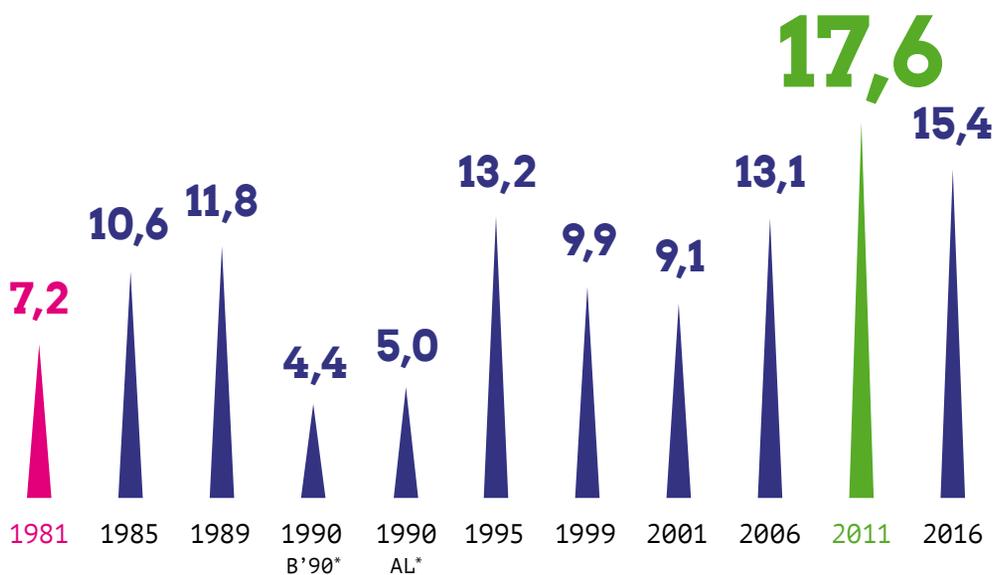
Bis 2050 soll Berlin außerdem vollständig klimaneutral werden. Ein wichtiger Meilenstein war bereits die Abschaltung des letzten Berliner Braunkohlekraftwerks 2017. Der Ausstieg aus der Steinkohle bis 2030 ist der nächste zentrale Baustein. Als erstes Bundesland hat Berlin den Kohleausstieg rechtlich verbindlich geregelt.

Um auch die Energiewende in der Stadt voranzutreiben, wurden die Berliner Stadtwerke gestärkt. Damit hat der rot-rot-grüne Senat einen modernen Energiedienstleister geschaffen, von dem die Berliner*innen lokalen Ökostrom beziehen können und der sich gleichzeitig um die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude kümmert.

Außerdem haben die Grünen Diskriminierung in der Stadt den Kampf angesagt, etwa mit einer Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und einem Landesantidiskriminierungsgesetz.

Und das ist erst der Anfang. Mit der Regierungsbeteiligung 2016 wurde eine neue Ära in der grünen Geschichte eingeleitet. Endlich haben die Grünen die Chance, die vielen kreativen Ideen in die Tat umzusetzen, die sie seit ihrer Gründung entwickelt haben. Nach 40 Jahren leidenschaftlicher Politik mit Höhen und mit Tiefen ist klar: Diese Partei hat noch lange nicht genug!

WAHLERGEBNISSE ABGEORDNETENHAUS BERLIN



* Bei der Neuwahl 1990 galt eine Sonderregelung:
Die Fünf-Prozent-Hürde musste nur in einem der beiden Teile Berlins übersprungen werden. Die AL erreichte im Westen 6,9 Prozent, Bündnis 90 im Osten 9,8 Prozent. Beide zogen ins Parlament ein und bildeten zusammen eine Fraktionsgemeinschaft.

GRÜNE WELLE FÜR FUSSGÄNGER*INNEN

Das nächste Kapitel des Mobilitätsgesetz beschäftigt sich mit dem Fußverkehr. Als Fraktion haben wir dazu auf unserer Klausur in einem Eckpunktepapier zahlreiche Vorschläge gemacht.

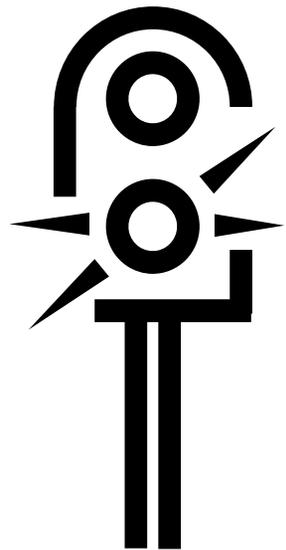
Als Grüne wollen wir die Gehwege in Berlin für Fußgänger*innen reservieren. Wir brauchen mehr Platz auf unseren Gehwegen, damit man mit Rollstuhl, Kinderwagen oder Rollator ungehindert vorankommt. Dazu schlagen wir vor, dass Leihfahräder wie Motorräder und Roller zum Parken auf der Straße verpflichtet werden. Ordnungsamt und Polizei müssen die Umsetzung dann in allen drei Fällen besser durchsetzen.

Mit der Erweiterung des Mobilitätsgesetzes insgesamt wollen wir erreichen, dass auch zu Fuß alle sicher, schnell und ohne Barrieren von A nach B kommen. Mit einem Eckpunktepapier machen wir als Fraktion dazu zahlreiche Vorschläge: Die Grünphase muss bei allen Fußgängerampeln so eingestellt werden, dass man auch in einer Phase über die ganze Straße kommt. Zumindest, wenn man normal schnell unterwegs ist.

Außerdem wollen wir unsere Straßen und Plätze wieder so ausstatten, dass sich dort alle gern aufhalten und zu Fuß bewegen. Das bedeutet: weniger Verkehr, weniger Lärm, mehr Stadtgrün. Konkret schlagen wir vor, mit deutlich mehr Spielstraßen Kindern mehr Platz zum Spielen im öffentlichen Raum zu bieten.

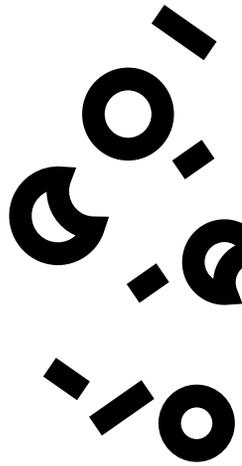
Berlin hat mit dem bundesweit ersten Mobilitätsgesetz Geschichte geschrieben. Bisher gibt es Kapitel zu allgemeinen Zielen, zum ÖPNV und zum Radverkehr. Im Herbst soll das Kapitel zum Fußverkehr erarbeitet werden. Im vergangenen Jahr sind laut Polizeistatistik 13 Fußgänger*innen in Berlin bei Verkehrsunfällen gestorben. In den Jahren davor waren es jährlich zwischen 15 und 30 Tote. Wir wissen: Es bleibt noch viel zu tun und wir bleiben dran. Denn Fußgänger*innen sind regelmäßig die größte Gruppe unter den Toten bei Verkehrsunfällen.

Von Antje Kapek
Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus

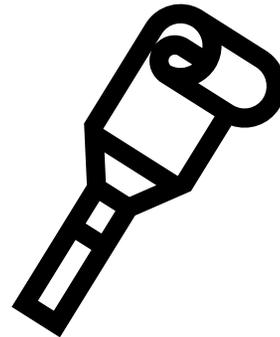


Eckpunktepapier mit allen
Vorschlägen als PDF: gruenlink.de/1j5h

40 JAHRE BEREICHE/LAGen



Auch die Landesarbeitsgemeinschaften werden dieses Jahr 40. Orientiert an den zentralen Prinzipien der Basisdemokratie und der Dezentralität, gründete die Alternative Liste (AL) mit ihrem Strukturbeschluss vom 3.11.1978 nicht nur 12 Bezirksgruppen, sondern auch ca. 18 sogenannte Bereichsgruppen, aus denen später die Landesarbeitsgemeinschaften hervorgingen.



In diesen Bereichen ging es vor allem darum, die Aktiven aus den Initiativen im ehemaligen Westteil dieser Stadt zusammenzubringen. Sie bildeten den Kern für die inhaltliche Debatte des „Wahlbündnisses der außerparlamentarischen Opposition“, der AL.

Mit dem Einzug der AL ins Abgeordnetenhaus im Mai 1981 wurde die thematische Bereichsarbeit für einige Jahre durch angestellte „Bereichsassistenten“ unterstützt.

Mit der Gründung der Grünen in Westdeutschland 1980 und der ausgehandelten vertraglichen Vereinbarung zwischen den Grünen und der AL 1983 wurde das Mitwirken der AL in den Grünen Gremien vereinbart. Da die LAGen bei den Grünen bis heute kein Delegationsrecht zur BDK haben, wäre die inhaltlich-thematische Arbeit der Bereiche nicht repräsentiert worden. Daher wurde in der AL für die Bereiche das solidarische Huckepackverfahren etabliert, mit dem sie über die Bezirke ihre Delegierten in die BDK entsenden konnten.

1999 wurden aus den Bereichen Landesarbeitsgemeinschaften. Im Zuge der Bezirksreform wurden die 12 Abteilungen eingeführt, in denen heute 18 LAGen von insgesamt 28 LAGen und AGen ihre Delegierungen in die Parteigremien vornehmen.

Die thematische Positionierung der Partei im Spannungsfeld von außerparlamentarischen Initiativen und parlamentarischem Pragmatismus stand während all der Umstrukturierungen im Zentrum der LAG-Arbeit. Auch in Zukunft werden sich die LAGen kreativ an der Weiterentwicklung unserer Inhalte beteiligen und den Diskurs mit gemeinsamen Sitzungen und LAGen-Konferenzen beleben, wie sie zum ersten Mal im Dezember 2017 unter dem Motto „Politik:im Dialog“ stattfand.

Von Wolfgang Remmers
Sprecher der LAG Wirtschaft



Die nächste LAG-Konferenz ist am 15. Juni 2019 geplant: Zur Halbzeit der rot-rot-grünen Regierung ziehen die Landesarbeitsgemeinschaften Bilanz.

PERSONAL NOTSTAND

IN DEN BERLINER JUGENDÄMTERN

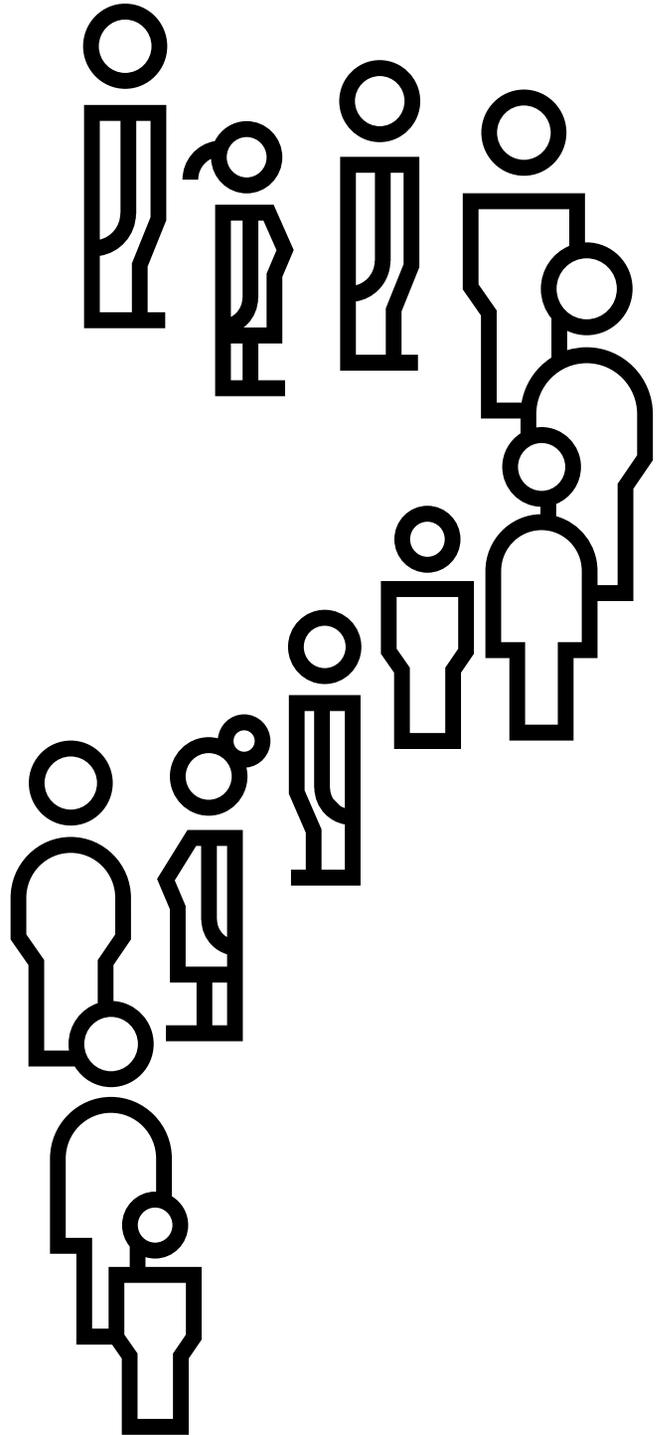
Die grüne AG Kinder Jugend Familie (AG KiJuFa) befasst sich aktuell mit der Personalsituation in den Berliner Jugendämtern. In vielen Jugendämtern brennt die Luft. Es herrscht Personalnotstand. Viele Stellen sind unbesetzt. Oft müssen die Mitarbeiter*innen, die für den Kinderschutz zuständig sind, sogar bei Meldungen von Kindeswohlgefährdungen entscheiden, welcher Fall der akut wichtigere ist, andere ebenfalls gravierende Fälle bleiben dann liegen.

Aus Personalmangel kann so ein wirksamer Kinderschutz nicht mehr jederzeit sichergestellt werden. Der Personalnotstand führt inzwischen auch dazu, dass Jugendamtsmitarbeiter*innen es oft nicht mehr schaffen, wie eigentlich gesetzlich vorgesehen, an Gerichtsterminen teilzunehmen, die Umgangs- und Sorgerechtsverfahren betreffen. Dies beeinträchtigt die Qualität der Verfahren an den Familiengerichten. Auch bleibt die gewünschte Zusammenarbeit mit Schulen auf der Strecke. Elterngeld wird in manchen Jugendämtern erst Wochen oder Monate nach der Antragstellung ausgezahlt.

Die Überlastung der Mitarbeiter*innen ist unter anderem bedingt durch die zunehmenden Fallzahlen. In Berlin existiert derzeit keine Fallobergrenze, im Durchschnitt betreut eine Mitarbeiterin zwischen 80 bis 120 Fälle. Das heißt, eine einzige Mitarbeiterin im Jugendamt ist Ansprechpartnerin für 80 bis 120 Familien. Eine verantwortliche Arbeit ist so kaum noch möglich.

Unsere Arbeitsgemeinschaft fordert daher eine bessere Bezahlung der Mitarbeiter*innen (künftig nach E 11 TV-L) und die Einführung von Fallobergrenzen. Nicht besetzte Stellen an Jugendämtern sind durch schnelle Ausschreibungsverfahren sowie Dauerausschreibungen im Internet möglichst rasch nachzubeseetzen.

von Petra Vandrey
Sprecherin AG Kinder Jugend Familie



WEGE AUS DER ARMUT MITTEN IN BERLIN

Wer glaubt, in Berlin-Mitte gäbe es keine Armut mehr, liegt falsch. Zwar verändert sich Mitte rasant. Dennoch profitieren nicht alle Bewohner*innen gleichermaßen von Berlins aktuellem Aufschwung. Es bleiben weiterhin soziale Unterschiede in einem Ausmaß bestehen, die alarmierend sind. Dies wird nirgendwo so deutlich wie in Moabit mit seinem „Nord-Süd-Gefälle“. 900 Meter Luftlinie trennen die Elberfelder Straße im Süden und die Rostocker Straße im Nordwesten Moabits. Die sozialen Unterschiede zwischen diesen beiden Kiezen sind hingegen um ein Vielfaches größer.

Während im Süden „nur“ jedes 6. Kind von Armut betroffen ist, wachsen ein paar Meter weiter im Norden bis zu 68 Prozent aller Kinder in Armut auf. Das sind doppelt so viele wie im Berliner Durchschnitt. Auch circa ein Drittel aller im Norden lebenden Erwachsenen können von ihrem Einkommen nicht leben. Das macht sich natürlich auch bei der Altersarmut bemerkbar. Es gibt also noch viel zu tun in Berlin und insbesondere in Moabit, um Wege aus der Armut zu finden.

ARMUT BENACHTEILIGT

Durch Armut bricht oft Panik aus, wenn das eigene Kind zum Kindergeburtstag eingeladen wird und das Grübeln beginnt, wie groß bzw. wie klein das Budget für das Geschenk sein darf. Auch eine defekte Waschmaschine kann einem finanziell den Boden unter den Füßen wegreißen. Arme Menschen wohnen häufiger auch in schlecht instand gehaltenen Wohnhäusern und sind dort erheblichen gesundheitlichen Belastungen und im Kiez einer hohen Verkehrsdichte ausgesetzt. Letzteres bestätigt auch der Berliner Atlas zur Umweltgerechtigkeit. Die Bewohner*innen im Norden Moabits atmen mehr Luftschadstoffe ein und leiden unter einer höheren Lärmbelastung durch den erheblichen Straßenverkehr. Dies wirkt sich direkt auf die Lebenserwartung aus.

Nicht alle Menschen sind gleichermaßen von Armut betroffen. Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund, Alleinerziehende oder Menschen ohne Schulabschluss sind deutlich häufiger von Armut betroffen oder von Armut gefährdet. Dies bestätigen auch die Erkenntnisse des Regionalen Sozialberichts für Berlin. Vordringliche Hilfsangebote zur Armutsbekämpfung und Beseitigung struktureller Benachteiligungen müssen daher insbesondere bei diesen Personengruppen ansetzen.

MIT GERECHTER POLITIK AUS DER ARMUT

Ist wer einmal arm ist, immer arm? Viel zu oft ist das so. Deshalb muss Politik diesen Armutskreislauf durchbrechen und sowohl die Entstehung von Armut verhindern als auch Menschen beim Weg aus der Armut helfen. Weder die soziale Herkunft noch der Kiez, in dem jemand lebt, darf darüber entscheiden, wie Teilhabechancen verteilt werden. Armutsbekämpfung muss mehrdimensional gedacht werden, und sie muss sich auf die Kieze fokussieren, in denen der Anteil der Menschen am höchsten ist, die sozial am meisten benachteiligt sind. Sie schafft mehr Teilhabe am Arbeitsleben durch gute Arbeit, schafft beste Bildungsvoraussetzungen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche und geht bis zur ökologischen Verkehrswende, damit weniger Bewohner*innen Moabits gesundheitlichen Belastungen durch verkehrsbedingte Luftschadstoffe ausgesetzt sind.

Wir Grünen haben auf Bezirks- wie auf Landesebene den Anspruch, Berlin gerechter zu gestalten und insbesondere Armut und die hieran hängenden Benachteiligungen für davon Betroffene zu bekämpfen. Deshalb haben wir mit dem Landeshaushalt zusätzliche Mittel für den Bau bezahlbarer Wohnungen, den Ausbau außerschulischer Lernorte und die Sanierung von Schulen bereitgestellt. Mit dem Mobilitätsgesetz läuten wir

die ökologische Verkehrswende ein. Auch die Bezirke erhalten mehr Mittel, um zusätzliches Personal einzustellen, damit z. B. Wohngeldanträge schneller bearbeitet werden können. Auch wurde auf Landesebene eine Kommission zur Bekämpfung von Kinderarmut eingesetzt. Wir erwarten von dieser zeitnah konkrete Vorschläge, wie die Benachteiligung armer Kinder und Jugendlicher spürbar abgebaut werden kann.

Die aktuellen Zahlen zur Armut in Moabit ignorieren aber all jene, die sich die Mieten nicht mehr leisten konnten und deshalb wegziehen mussten. Sie tauchen in dieser Statistik nicht auf. Auch sie muss Politik mitdenken. Deshalb ist sowohl die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum als auch die Verhinderung der Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen zentral.

Auch auf Bezirksebene bleibt noch einiges zu tun: Mehr Hilfsangebote für verschuldete Menschen und für solche, die von Zwangsräumungen bedroht sind sowie die Gewährung finanzieller Vorschüsse zur Minderung finanzieller Notlagen sind notwendig – denn sie treffen insbesondere arme Menschen.

von Silke Gebel

Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus

von Taylan Kurt

Fachpolitischer Sprecher für Soziales, Wirtschaft, Ordnungsamt und Jobcenter der BVV-Fraktion Mitte

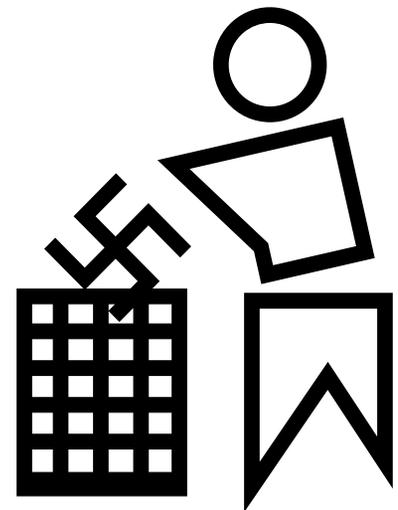
SPANDAU GEGEN RECHTS

Auch 2018 hatten Nazis wieder einen Marsch zum Todestag des Kriegsverbrechers Rudolf Hess mit dem Ziel des ehemaligen Kriegsverbrecher-Gefängnisses in Spandau angemeldet.

Viele Gegenaktionen und Demos auf verschiedenen Strecken, organisiert durch ein Bündnis aus Parteien, Initiativen, Kirchen und der Zivilgesellschaft, sollten den Aufmarsch der Nazis an diesem Tag im Bezirk verhindern.

Bündnis 90/Die Grünen Spandau machten den Anfang und zogen bereits am Morgen – lautstark unterstützt von den Green Igelz – mit einer Demonstration für Toleranz und Weltoffenheit durch die Altstadt Spandau bis vor das Spandauer Rathaus.

Vor dem ehemaligen Kriegsverbrecher-Gefängnis hatte ein breites Parteienbündnis das „Fest der Demokratie“ organisiert. Dies war als Sammelpunkt der verschiedenen Demonstrationen geplant. Die Nachricht, dass die Nazis nicht durch Spandau, sondern durch Friedrichshain laufen, veränderte



die Lage. Viele der Gegendemonstrant*innen versuchten nach Friedrichshain zu gelangen, um sich dort den Nazis entgegenzustellen.

Überlegungen, das „Fest der Demokratie“ abubrechen und geschlossen nach Friedrichshain zu fahren, wurden verworfen. Es war wichtig, diesen Platz nicht eventuell doch noch in Spandau verbliebenen Nazis für Aktionen zu überlassen.

Auch im nächsten Jahr sind bereits viele Aktionen geplant, beispielsweise soll der Platz vor dem ehemaligen Kriegsverbrecher-Gefängnis im Rahmen des „Festes der Demokratie“ in „Platz der Weißen Rose“ umbenannt werden.

von Britta Byszio
KV Spandau

RETTE DEINEN KIEZ – GRÜNE NEUKÖLLN STARTEN MIETENKAMPAGNE

In den letzten zehn Jahren haben sich die Mieten in Neukölln mehr als verdoppelt. Unser Zuhause ist zum Spekulationsobjekt geworden. Immer mehr vom Einkommen geht für die Miete drauf. Umzug innerhalb des eigenen Kiezes? Nahezu ausgeschlossen. Die Bundesregierung tut gegen diese Entwicklung zu wenig. Wir wollen uns aber dagegen wehren, für die Vielfalt unserer Kieze kämpfen und gemeinsam gegen den Mietenwahnsinn vorgehen. Wir möchten in Neukölln nichts unversucht lassen. Voraussetzung dafür sind informierte, engagierte und vernetzte Mieter*innen. Denn der Kampf gegen steigende Mieten und Verdrängung kann nur gemeinsam gelingen.

Darum haben wir im August 2018 die Kampagne „Rette Deinen Kiez“ gestartet. Zusätzlich zu unserem Engagement im Neuköllner Rathaus und in der Bezirksverordnetenversammlung geht es uns dabei vor allem darum, die Menschen zu informieren und zu sensibilisieren. Was ist Milieuschutz? Wie nutze ich die Mietpreisbremse? Was tun, wenn in meinem Haus eine Ferienwohnung ist? Mit fünf praktischen Botschaften haben wir zwei Monate lang auf den Straßen und im Netz gegen den Mietenwahnsinn mobil gemacht:

1. INFORMIER DICH

Es gibt Möglichkeiten, etwas zu tun.
Doch was sind **Milieuschutz, Mietpreisbremse** und Co?

2. WEHR DICH

Bei Hausverkauf oder Modernisierung: **Vernetz Dich** mit Nachbar*innen, **hol Hilfe** von einer Mieter*innen-Beratung und **sag** im Rathaus **Bescheid**.

3. MELDE LEERSTAND UND FERIENWOHNUNGEN

Illegale Ferienwohnungen und langfristig leerstehende Wohnungen werden dringend als normale Mietwohnungen benötigt. Die Verwaltung kann handeln – wenn sie weiß, wo.

4. ZIEH DIE MIETPREISBREMSE

Nutze die Mietpreisbremse und hilf Nachbar*innen, sie zu nutzen – durch die **Dokumentation** der aktuellen Miethöhe.

5. MACH DER BUNDESREGIERUNG DRUCK

Der jetzige Mieter*innen-Schutz reicht nicht aus. **Mach mit bei unserer E-Mail-Aktion**. Denn die Bundespolitik muss endlich Mieter*innen-freundlich werden.

Unser Kampf gegen steigende Mieten und Verdrängung geht natürlich weiter und unser Service-Angebot bleibt bestehen. Mehr Infos gibt es auf www.rette-deinen-kiez.de.

von Raphael Schanz, KV Neukölln



CLAUDIO PRILLWITZ
REDAKTIONSMITGLIED

Meine Mutter zwang mich in der 10. Klasse zum Praktikum bei den Grünen. Ich hätte lieber ein Praktikum vor der PlayStation gemacht, aber irgendwie schafften es die Grünen, mich in den Bann der Politik zu ziehen – obwohl wir uns längst nicht mehr an AKWs ketten. Danke Mutti!



ASTRID LAMM
REDAKTIONSMITGLIED

1985 war ich Erstwählerin in Hessen und hatte die Ehre, in einem Akt purer Rebellion den ersten grünen Landesminister indirekt mit zu wählen: Joschka Fischer. Während meines Studiums in Göttingen später galt Jürgen Trittin dort als zu gemäbigt. So war das damals.



WOLFGANG SCHMIDT
REDAKTIONSMITGLIED

68er, BIs und Anti-AKW. Als Redakteur der Stadtteilzeitung „21“ in Moabit habe ich mich für das erste Wahlprogramm und den Wahlkampf der AL im Bezirk engagiert. Michael Schreier hat sich als Senatorin geweigert, den Versuchsreaktor anzufahren. Das hat mich überzeugt.

Die Geschichte der Berliner Bündnisgrünen ist Schwerpunkt dieser Ausgabe. Unsere Redaktionsmitglieder verbinden ihre ganz eigenen Geschichten mit der Partei...



ANGÉLIQUE MENJIVAR DE PAZ
REDAKTIONSMITGLIED

Als Probemitglied bei den Grünen im Jahr 2003 erschien mir die Vereinbarkeit von Familie und Politik nicht realisierbar und ich trat daher nicht ein. Seit Januar 2017 bin ich „ordentliches“ Mitglied. Mein Ziel: Frauen für die grüne Kommunalpolitik begeistern.



HENRY ARNOLD
REDAKTIONSMITGLIED

Als klassischer Stammwähler, aber bis dahin unabhängiger Künstler, gab es nach meinem Zweitstudium VWL 2011 kein Halten mehr: Anders Wirtschaften und die Welt verändern – das geht nur mit uns Grünen!



JENNIFER TIX
REDAKTIONSMITGLIED UND GESTALTERIN

Als Grafikerin begrüßte die Partei mich mit einem aufwändigen Bewerbungsverfahren. Gewissenhaft, neugierig, aber auch mit viel Humor wurden ich und meine fachliche Eignung auf Herz und Nieren geprüft. Mitglied bin ich erst im September dieses Jahres geworden, aus Überzeugung.



HANNAH KÖNIG
REFERENTIN FÜR PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Ich hatte schon 2017 mein Jubiläum: Vor 10 Jahren habe ich in einer bayrischen Kleinstadt die Grüne Jugend gegründet. Damals verteilte ich Baumsetzlinge und organisierte Konzerte gegen Rechts, um die Welt zu retten. Eigentlich auch ein guter Plan für die nächsten 10 Jahre.

MITMACHEN

Parteien leben von den Menschen, die politisch aktiv sind und sie unterstützen.
Wir Grünen sind stolz auf unsere Basisdemokratie und sind sicher: Du kannst
etwas bewirken, mehr noch – Du machst den Unterschied!

**Du kannst dich an vielen verschiedenen
Stellen in der Partei einbringen.**

KREISVERBÄNDE – VOR ORT AKTIV WERDEN

Unsere Kreisverbände sind das Herz unserer Partei: Hast Du Lust, Dich vor Ort zu engagieren und in Deinem Kiez etwas zu verändern? Dann schau einfach bei einem Kreisverband in deiner Nähe vorbei. Weitere Informationen findest Du unter www.gruene.berlin/kreisverbaende-berlin.

GRÜNE JUGEND – JUNG, GRÜN, STACHELIG

Du denkst, dass Du zu jung für Politik bist? Stimmt nicht! Bei der Grünen Jugend Berlin findest Du viele junge Menschen, die sich politisch engagieren. Weitere Infos unter www.gj-berlin.de.

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN – DIE GRÜNEN DENKFABRIKEN

Dich interessiert ein ganz bestimmtes politisches Thema? Du kennst Dich in einem Fachgebiet besonders gut aus? Dann bringe Dich mit Deinem Wissen und Deinen Ideen in unseren Landesarbeitsgemeinschaften ein. Ansprechpersonen, Termine und Aktuelles findest Du unter www.gruene.berlin/landesarbeitsgemeinschaften.

MITGLIEDERMAGAZIN – GRÜNE POLITIK IM BRENNPUNKT

Und auch bei unserem Mitgliedermagazin, den Stachligen Argumenten, bist Du natürlich als Autor*in oder freie*r Mitarbeiter*in herzlich willkommen, Dich einzubringen und unser Blatt aktiv mitzugestalten. Melde Dich einfach unter stachlige-argumente@gruene-berlin.de.

Wir arbeiten derzeit zu folgenden Themen:

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Bildung	Kultur
Bündnisgrüne Christ*innen	Medien
Demokratie und Recht	Migration und Flucht
Drogenpolitik	Mobilität
Energie Brandenburg Berlin	Netzpolitik
Europa Berlin Brandenburg	Planen-Bauen-Wohnen-
Frauen* und Gender	Stadtentwicklung
Frieden & Internationales	Tierschutzpolitik
Gesundheit & Soziales	Umwelt
Grüne Jugend Berlin	

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

- Aktiv gegen Rechts
- Bunt-Grün
- Grundsicherung/Grundeinkommen
- Kinder Jugend Familie
- Verbraucherschutz



IMPRESSUM

12/2018, 40. Jg., Nr. 200

HERAUSGEBERIN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesverband Berlin

Kommandantenstr. 80 | 10117 Berlin

(U2 Spittelmarkt)

T. (030) 61 50 05-0 | F. (030) 61 50 05-99

E. info@gruene-berlin.de

www.gruene.berlin

 [facebook.com/Buendnis90DieGrünenBerlin](https://www.facebook.com/Buendnis90DieGrünenBerlin)

 twitter.com/gruene_berlin

REDAKTION

Claudio Prillwitz, Astrid Lamm, Wolfgang

Schmidt, Angélique Menjivar de Paz,

Henry Arnold

Hannah König (V.i.S.d.P.)

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin

stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Die einzelnen Beiträge der Autor*innen geben

die Meinung der jeweiligen Verfasser*innen wieder und nicht notwendigerweise die der

Redaktion. Lesebriefe bitte per E-Mail senden an

stachlige-argumente@gruene-berlin.de

GRAFIK & LAYOUT

Großstadtzoo GbR

Rudolfstr. 11, 10245 Berlin

Jennifer Tix | Natascha Kornilowa |

Yella Schaub

www.grossstadtzoo.de